

„Der Tag“ auf vier Wochen eingestellt.

Nach § 34 des Schutzgesetzes.

Prag, 24. April. (Amtlich.) Die Landesbehörde ordnete heute auf Grund der Entscheidung des Kreisgerichtes in Dux vom 7. d. M. und nach § 34 des Gesetzes zum Schutze der Republik die Einstellung des Blattes „Der Tag“ auf einen Monat an.

Der Nationalsozialist Kohlert-Markhausen verhaftet.

Wie das Tschech. Pressbüro meldet, wurde in Markhausen der Vorsitzende des Ortsrats der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der Gastwirt Franz Kohlert, verhaftet und dem Gericht eingeliefert. Kohlert hatte (wie wir melden, d. Red.) im Gemeinderat den Antrag gestellt, daß von zuständiger amtlicher Stelle gegen die angeblich deutschfeindliche Schreibweise einiger tschechoslowakischer Zeitungen eingeschritten werde. Er hatte, wie es jetzt in der Meldung des Tsch. N. B. heißt, zwei Gemeinderatsmitglieder, die gegen seinen Antrag gestimmt hatten, der nationalsozialistischen Parteiorganisation in Klingenthal in Sachsen angezeigt, wodurch diese ihren Arbeitsplatz in Sachsen verloren. Gleichzeitig wurde gegen die „Grasliher Zeitung“, die das Vorgehen Kohlerts gebilligt hatte, das subjektive strafrechtliche Verfahren eingeleitet.

Goerings Kabinett.

Differenzen mit Eugenbergr wegen der Wirtschaftministerien.

Berlin, 21. April. Der Reichskanzler hat heute nach der Übernahme der Amtsgeschäfte durch den neuen Ministerpräsidenten Goering folgende preußische Staatsminister ernannt: Den Ministerpräsidenten Goering gleichzeitig zum Minister des Innern, die bisherigen Kommissare des Reiches Popitz zum Finanzminister, Kersch zum Justizminister und Rüst zum Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Wegen der Besetzung der preußischen Ministerien für Wirtschaft und Arbeit sowie für Landwirtschaft, Domänen und Forsten schweben zwischen Goering und dem Reichsminister Eugenbergr, der diese Ressorts bisher als Kommissar des Reiches verwaltet, noch Verhandlungen.

Katastrophaler Rückgang des deutschen Seeverkehrs!

Berlin, 19. April. Die deutschen Schiffsahrtsgesellschaften haben der Reichsregierung eine Denkschrift unterbreitet, in welcher dargestellt wird, wie sehr sich im Laufe der letzten beiden Monate die Lage des deutschen Seeverkehrs verschlechtert hat. Der internationale Verkehr bediene sich, so heißt es in der Denkschrift, in gefährlichem Maße umfange mehr und mehr der ausländischen Reedereien, während die deutschen Unternehmen, die in den vergangenen Jahren in steigendem Maße daran beteiligt wurden, beinahe völlig ausgeschaltet worden sind. Die Denkschrift schließt mit dem Bekenntnis, daß die deutschen Gesellschaften von dem nur-deutschen Verkehr nicht leben können; sie fordert die Regierung auf, geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen und staatliche Subventionen (!) bereitzustellen, wenn nicht die deutschen Schiffsahrtsgesellschaften ruiniert werden sollen.

Auf einmal?

Berlin, 21. April. (Wolff.) Bei der Verteilung der aus reichen Opfergaben des gesamten deutschen Volkes stammenden Hitlerpende zum Geburtstag des Reichskanzlers wurden alle Bedürftigen ohne Unterschied der Religion, Rasse oder Parteizugehörigkeit berücksichtigt.

Ungarn parliert!

Budapest, 21. April. Auf Vorstellung des deutschen Gesandten hat die ungarische Regierung das jüdische Wochenblatt „Eggenlöseg“, das wiederholt „gehässige“ Meldungen über Deutschland veröffentlicht hatte, verboten.

Dollfuß provoziert unentwegt! Streikverbot für alle „öffentlich wichtigen“ Betriebe.

Wien, 21. April. (Eigenbericht.) Es scheint, daß die österreichische Regierung nun zum Generalangriff auf die Arbeiterchaft übergehen will. Eine Notverordnung und Provokation sagt die andere. Nach dem gestrigen Verbot der Märsche sind heute abends zwei Notverordnungen erlassen worden, die eine noch schwerere Herausforderung der Arbeiterchaft bedeuten.

Durch die eine Notverordnung ist ein Generalstreikverbot für alle „öffentlich wichtigen“ Betriebe erlassen worden. Es handelt sich dabei also nicht nur um Betriebe der Gemeinde und des Staates, sondern auch um alle Privatbetriebe, die die Regierung ganz nach ihrer Willkür als „öffentlich wichtig“ bezeichnen kann.

Ein solches Streikverbot hat seit 69 Jahren keine österreichische Regierung zu erlassen gewagt!

Eine zweite Notverordnung befreit die österreichischen Bundestheater unter Bruch von Gesetz und Verfassung von jeder Steuerzahlung an die Gemeinde Wien. Die Gemeinde wird dadurch in hohem Maße finanziell geschädigt.

Die Parteiverbreitung und die Führung der Gewerkschaften, die bereits einberufen waren, um die Maßnahmen wegen der verbotenen Märsche zu beraten, werden sich nun auch mit der neu geschaffenen Lage befassen. Wie man erfährt, sollen diesbezüglich wichtige Beschlüsse gefaßt werden, die aber aus taktischen Gründen für einige Zeit geheim gehalten werden sollen.

Ravag von Marxisten „gesäubert“?

Wie sehr die ganze Linie der Regierung auf eine „Generalabrechnung“ losgeht, beweisen auch andere Meldungen. So hört man, daß für ganz Österreich ein Uniformverbot erlassen werden soll, das aber erst in Kraft treten soll, bis die Heimwehren ihren für Mitte Mai geplanten Aufmarsch in Wien durchgeführt haben.

Rechnliche Meldungen legen auch von der österreichischen Rundfunk-Gesellschaft vor. Heute nachmittags hat der Handelsminister Faloneig, ein Heimwehrmann, den Direktor der „Ravag“ zu sich berufen und von ihm verlangt, daß alle sozialdemokratischen Funktionäre aus dem Beirat der Ravag beseitigt werden sollen. In Zukunft sollen ferner alle sozialistischen Aufführungen aus dem Rundfunkprogramm gestrichen, das Arbeiter-Orchester ausgeschlossen und allen marxistisch eingestellten Künstlern und Künstlerinnen die Mitwirkung an Rundfunkvorführungen untersagt werden.

„Arbeiter-Zeitung“ neuerdings unter Vorzensur.

Wien, 21. April. Heute nachmittags wurden den verantwortlichen Redakteuren der „Arbeiter-Zeitung“ und des „Kleinen Blatt“ eine Verfügung des Bundeskanzlers zugestellt, durch die über die beiden Blätter für vier Wochen neuerdings die Vorzensur verhängt wird.

Morgen Gemeindevahlen in Innsbruck

Innsbruck, 21. April. (Eigenbericht.) Die Stadt Innsbruck steht vollkommen im Zeichen

Dänemark zeigt dem Fascismus die Faust.

Boykott deutscher Waren. — Drakonische Sondergerichte gegen Hakenkreuzler.

Kopenhagen, 19. April. Seit Anfang dieser Woche wird der Boykott gegen deutsche Waren auch in Dänemark offiziell durchgeführt. An den meisten Geschäften in Kopenhagen und in der Provinz sind seit Montag große Schilder angebracht mit der Aufschrift: „Deutsche Offerten werden nicht entgegengenommen!“ Der Vertrieb deutscher Erzeugnisse ruht vollständig; laufende Verträge werden planmäßig annulliert, neue Verträge nicht abgeschlossen.

Angesichts der drohenden Haltung der deutschen Hakenkreuzler an der Südgrenze Dänemarks sind starke Truppenabteilungen der Armee konzentriert worden; und auf Antrag der Regierung ist die sofortige Verstärkung der Staatspolizei in Nordschleswig in beiden Kammern einstimmig beschlossen worden, ebenso das einseitig gegen die reichsdeutschen Nationalsozialisten gerichtete Uniform- und Abzeichenverbot.

In allen Teilen des Landes finden überparteilich organisierte Massenversammlungen gegen den deutschen Fascismus und für den Deutschen Boykott statt; und im

„Gleichschaltung.“

Wo das selbständige Denken aufhört, beginnt die Diktatur der Schlagworte. Herr Goebbels, der rührige Propagandist der staatslich patentierten deutschen Einheitsmeinung, hat in die Menge ein neues Wort geworfen: „Gleichschaltung“. Wer eine reichsdeutsche Zeitung zur Hand nimmt, wird daraus erfahren, daß nicht nur die Behörden des Reiches und der Länder, die Stätten des Theaters und der Filmkunst, Schulen und Hochschulen, sondern auch Vereine aller Art und sogar die wirtschaftlichen Einrichtungen „gleichgeschaltet“, mit anderen Worten den Futtertruppen-Anwärtern des Dritten Reiches überliefert worden sind. Auf Mord und Terror, auf Verfolgungen und Boykottandrohungen folgt jetzt die Ära der stillen Erpressung. Man packt nicht mehr mit brutaler Hand zu, sondern man droht nur leise mit dem Finger und alles andere besorgen die verängstigten Untertanen des dritten Reiches von selbst.

„Und ist es Wahnsinn, hat es doch Methode“. Frühere Regierungen hatten, selbst wenn sie politisch scheinbar fest im Sattel saßen, einen unentwegten Kampf gegen das zu führen, was sich breitpurig „die Wirtschaft“ oder lieber noch „die Wirtschaftsführer“ nannte, gegen die Organisationen des Unternehmertums aller Grade, von der Schwerindustrie bis zum Ambulanten und Gewerbetreibenden.

Das ist jetzt anders geworden. In dem Maße in dem man in der Regierung Herrn Eugenbergr an die Wand gedrückt hat, hat man auch dafür Sorge getragen, daß seine wichtigsten wirtschaftlichen Hilfsgruppen unter ein geeignetes Kommando gestellt wurden. Beim Landbund und bei den christlichen Bauernvereinen fing es an. Der einst auf seine Unabhängigkeit so stolze „Reichsverband der deutschen Industrie“ folgte nach und opfer- sogar seinen Geschäftsführer, Geheimrat Kasl. Der Warenhausverband schickte rechtzeitig Männer wie Prof. Georg Bernhardt und Georg Tich aus und gab sich freiwillig eine zeitensprechende „kommissarische“ Leitung. Mit besonderer Bereitwilligkeit vollzog sich die „Gleichschaltung“ bei der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, wo der wandlungsfähige Herr Doktor Tiburtius, einst durch seinen Nichtschieferlauf an die Soldaten — ein geschätzter Novemberverbrecher — die Fühlung mit dem „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“ suchte und in dessen Syndikus Dr. Silland den geeigneten Sozials fand. Was sich in den Spitzenorganisationen vollzog, ging auch in den kleinen örtlichen Einzelhandelsverbänden und industriellen Fachorganisationen vor sich. Die Gleichschaltung geschah, indem man die oft um das Zustandekommen der Verbände äußerst verdienten jüdischen Kaufleute und Industriellen in die Wüste schickte, um irgend eine Bezirksgröße nationalsozialistischer Prägung an ihre Stelle zu setzen. Den Unternehmern folgten die Syndici, deren oft bewiesene Wandlungsfähigkeit dort ein Ende fand, wo die Rasseknüffelei, ähnlich wie bei Lindenborffs Großmutter, gespenstisch die jüdischen Ahnen aus dem Grabe steigen ließ.

Diese Entwicklung hat in den letzten Wochen in Deutschland geradezu groteske Formen angenommen. Der Chef der Firma Peiser muß verschwinden, damit ein Vertrauensmann des nationalsozialistischen Zellenobmanns, oder gar er selbst, „kommissarisch“ die Firma übernimmt. Der Warenhauskonzern Karstadt teilt, sicherlich zur ungetriebenen Freude seiner jüdischen Gläubiger in Amerika, mit, daß er wieder „ein rein christliches Unternehmen“ sei. Bei einem Warenhaus in einer sächsischen Großstadt ruft man das Personal zusammen, die sozialistischen und kommunistischen Angestellten müssen „links heraustreten“ und werden entlassen.

Zeitungsunternehmen politischer aber auch wirtschaftlicher Art vollziehen einen

der Ergänzungswahlen zum Gemeinderat, die Sonntag durchgeführt werden sollen. Welche große Bedeutung dieser Wahl beigemessen wird, geht daraus hervor, daß heute Bundeskanzler Dollfuß selbst hieher gekommen ist, um für die Christlichsozialen noch am letzten Tag zu agitieren.

Die Wahl ist deshalb außerordentlich bedeutungsvoll. Weil die Christlichsozialen wegen ihrer bisherigen faschistischen Taktik befürchten müssen, schwere Einbußen zu erleiden. Sie rechnen bereits selbst damit, daß sie den Bürgermeisterposten an die Hakenkreuzler werden abgeben müssen.

Acht zu fünf.

Betriebsratswahlen im Wiener Elektrizitätswerk.

Wien, 21. April. Bei den vorgestern durchgeführten Betriebsratswahlen der Angestellten des Wiener Städtischen Elektrizitätswerkes erhielten die Sozialdemokraten 501 Stimmen und acht Mandate, die Liste der Nationalsozialisten vereinigte 340 Stimmen und fünf Mandate auf sich, die Liste der sogenannten „Unzufriedenen“ erhielt 60 Stimmen und kein Mandat. Bisher bestand der Betriebsrat aus neun Sozialdemokraten und vier Bürgerlichen.

Dollfuß fährt nicht nach Berlin

Wien, 21. April. Auf die Frage eines Redakteurs der „Neuen Freien Presse“ an den Bundeskanzler Dr. Dollfuß über die Gerüchte betreffend seine Reise nach Berlin erklärte der Kanzler, daß sich vielleicht einmal ein Anlaß oder eine Gelegenheit zu einer solchen Reise ergeben könnte; gegenwärtig sei dies jedoch nicht der Fall.

Gebiet der Südgrenzen werden die Hakenkreuzler, so wie sie sich auch nur im geringsten bemerkbar machen, von der Volksmenge verprügelt. Für Kopenhagen ist die Aufführung deutscher Filme durch den Protest der Bevölkerung verhindert worden und findet nicht mehr statt. Schutzmaßnahmen zugunsten Deutschlands lehnt die Polizei ab.

Die antideutsche Stimmung in Dänemark hat ihre letzte und akute Verschärfung erfahren durch einen Aussatz des Hakenkreuzretters und Volkshingabgeordneten Schmidt, der die Vereinigung Nordschleswigs mit Schleswig-Holstein und damit mit Deutschland gefordert hat; die reichsdeutsche Hitlerpresse hat diesen Aussatz mit Zustimmung aufgegriffen.

Es werden schon für die nächsten Tage drakonische Sondergesetze gegen die dänischen Hakenkreuzler und die üblich gewordenen Übergriffe reichsdeutscher Nationalsozialisten erwartet; gegen die vom deutschen Rundfunk planmäßig betriebene Verhetzung der Grenzbevölkerung plant die dänische Regierung geeignete Gegenmaßnahmen.

„Reinigungsprozess“ und überbieten sich, statt wenigstens eine Weile würdevoll zu schweigen, in Lokalitätsbefundungen, deren anfreiwilige Komit wohl den Gipfel in den Erklärungen des einseitigen Radikalrepublikaners, des Herrn Betteer erreicht, der das von ihm erdachte „blaue Band der Höflichkeit“ nun wohl mit einem kleinen Salenkreuz geziert, nach Wiedereinführung der Orden, zugleich mit dem Titel: „Ritter am Steuer der Gleichschaltung“ erhalten wird. Selbst der „Gläubigerbundverband“ hat sich einen nationalsozialistischen Pleite-Sachverständigen beilegen müssen. Offenbar wird diese Gleichschaltung ein vielberühmtes Zeichen der Zukunft werden!

Leider machen die Gleichschaltungsintendenzen beim Arbeitnehmerlager nicht halt. Den freien Gewerkschaften wird es wenig helfen, daß sie durch vorsichtige Erklärungen ihren unpolitischen Charakter mehrfach zu betonen suchen, ja sogar in einer — außerhalb des Käfigs — nicht ganz verständlichen Loyalität von vornherein sich einem Staatskommissar unterordnen zu wollen erklärten. Die von ihnen dafür geforderte Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung wird ihnen nicht gewährt werden. Die Anerkennung der gelben Gewerkschaften und der Arbeitnehmerorganisation des Stahlhelm und der Nationalsozialisten hat gezeigt, wohin die Reise geht: Die Einheitsgewerkschaft, als Glied des künftigen ständischen Staates und in staatlicher Abhängigkeit, ähnlich wie in Italien und Rußland, ist auf dem Marsche. Die neu geschaffene Möglichkeit, daß Betriebsratsmitglieder wegen staatsfeindlicher Gesinnung abgebaut werden können, zeigt ebenso wie die Einstellungen „nationaler“ Arbeiter, insbesondere bei lebenswichtigen Betrieben (Reichsbahn), daß man gesonnen ist, auch für die Zukunft jede Widerstandskraft gegen den Faschismus zu brechen.

Was im Uebrigen von der Arbeiterfreundlichkeit dieses Regimes zu halten ist, geht aus einer viel zu wenig beachteten kurzen Notiz hervor, der zufolge die Arbeitnehmer-Vertreter aus dem Reichskohlenrat und Reichsallrat beseitigt worden sind und den Betriebsräten kein Einbild mehr in die Geschäftsbearbeitung der großen Unternehmungen offen stehen soll. Man beseitigt also bewußt nach der politischen Demokratie auch die bestehenden Ansätze einer Wirtschaftsdemokratie und wird dafür durch allerlei Mäxchen, wie die „Erhebung“ des 1. Mai zum Staatsfeiertag oder durch Korruptionsprozesse gegen die Leitungen der Krankenkassen, Genossenschaften usw., den Abbau, den man vornimmt, zu bemänteln suchen. Aber das wird den Herrschenden nichts nützen, sie haben mit ihren Eingriffen in die „Heiligkeit des Privateigentums“ ein lehrreiches Vorbild gegeben, dessen man sich bei passender Gelegenheit dankbar erinnern wird.

Die nächste Phase der Entwicklung, die durch die „Gleichschaltung“ eingeleitet wird, ist der Uebergang von dem durch die Schein-Koalition getarnten halbfaschistischen Staat zum totalen Staat, d. h. zum reinen Faschismus, der mit Hilfe einer ihm

umgebenden Bürokratie, nicht nur in die politischen und kulturellen, sondern auch in die wirtschaftlichen und sozialen Lebensäußerungen des Volkes mit der gleichen Brutalität eingreifen wird, wie der er die Gleichschaltung vollzogen hat.

Die Umbildung des Reichswirtschaftsrates, gleichfalls unter Ausschaltung wirklicher Arbeitnehmervertreter, ist nur ein Auftakt. Man wird bestimmt damit rechnen müssen, daß nachdem die „gleichgeschalteten“ Organisationen und Verbände nunmehr ein williges Werkzeug der alleinherrschenden und alleinentscheidenden nationalsozialistischen Partei geworden sind, sie nunmehr in einen korporativen Staatsaufbau zusammengefaßt werden, der auch dem Katholizismus,

an dessen alte Lehre vom ständischen, mittelalterlichen „Gerechtaal“ er gemahnt, nicht ganz unympathisch sein wird. Freilich wird nicht einmal das im Mittelalter noch vorhandene Eigenleben der Zünfte mehr existieren dürfen, denn auch die scheinbare Gleichschaltung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Fachverbänden wird unter der Oberhoheit des totalen Staates vor sich gehen und was uns da als ständischer Aufbau präsentiert werden wird, wird nichts anderes sein, als ein Krückstock-Sozialismus des alten Preußentums: Ganz Deutschland eine große Kaserne!

In den Kaserne der Reaktion aber sind noch stets die Rekruten erogen worden — für Sozialismus und Klassenkampf!

in den SA- und SS-Formationen Hitlers. Im Monate Jänner dieses Jahres war der Jungheimliche Rasis in diese Formationen so stark, daß selbst der „Deutsche Vöter“ (das Organ der Salenkreuzler für Ostböhmen), in Nr. 4 vom 15. Jänner folgende Warnung auf Seite 2 veröffentlichte:

„Es kommt der Fall vor, daß arbeitslose Parteigenossen in die SA der reichsdeutschen NSDAP eintreten. Die NSDAP insbesondere aber ihre SA, wird von den hiesigen Behörden als militärische und staatsfeindliche Organisation gewertet. Ihre Verbindung mit ihr, insbesondere aber die Zugehörigkeit mit ihr wird nach § 2 des Schutzgesetzes verfolgt und geahndet.“

Man muß bedenken, daß diese Warnung am 14. Jänner l. J. erlassen wurde, also zu einer Zeit, da sich die Salenkreuzler im tschechoslowakischen Parlament an Loyalitätsbefundungen gegenüber diesem Staate ergingen, die den Zweck haben sollten, die geplante Auslieferung der vier nationalsozialistischen Abgeordneten hinauszuzögern. Damals stand ja auch die Sache um und für Adolf Hitler noch schlecht. Seitdem Hitler Kanzler ist, hat man von derartigen Warnungen im „Deutschen Vöter“ nichts mehr lesen können. Wohl aber ist es richtig, daß seit dieser Zeit eine Reihe heimischer Rasis über die Grenze gingen und in die Banden Hitlers eintraten.

Am 1. April fand in Friedrichswald im Adlergebirge eine sozialdemokratische Versammlung statt. Mindestens ein Duzend SA-Leute aus Preußen nahmen in Zivil an dieser Versammlung teil. Einige Namen von SA-Männern aus Kaiserwalde sind uns bekannt. Als die Braunauer Nationalsozialisten in Parsdorf (Bezirk Braunau) eine Versammlung abhalten wollten, kam ein ganzer Zug reichsdeutscher Rasis über die Grenze, um ihre Braunauer Kampfgenossen in dieser Versammlung zu unterstützen. Die reichsdeutschen Salenkreuzler wurden erkannt und von der Parsdorfer Bevölkerung verjagt, so daß sie wieder über die Grenze zurückkehren mußten.

Eine letzte Warnung an faschistische und Salenkreuzler.

Ein bedeutungsvoller Erlass des Schulministers.

Den Maßnahmen gegen die faschistische Bewegung schließt sich auch das Schulministerium an. Entsprechend dem allgemeinen Rundfunkverbot macht ein Erlass des Schulministers Dr. Drexler alle Schulleitungen darauf aufmerksam, daß die Benützung der in den Schulen benützten Radiosapparate zum Abhören politischer Rundgebungen, vor allem aus dem Ausland, verboten ist.

Ein zweiter Erlass geht auf die Tatsache zurück, daß ein Teil der Lehrerschaft an Volksschulen und Mittelschulen ganz unverfroren Agitation für die faschistischen Parteien treibt. Nicht weniger offen als die Strikbräu-Leute unter den tschechischen Lehrern hegen die deutschen Salenkreuzler. Diesen Umtrieben wird ein Ende gesetzt werden.

Die „Erlass über ungebührige Rundgebungen in der Schule und über die staatsbürgerliche Erziehung“ benannte Rundmachung verlangt von den Lehrern und Professoren aller Schulen ohne Unterschied der Unterrichtssprache tadellofes und loyales Verhalten und sagt u. a.:

„Daher haben sich die Professoren und Lehrer beim Unterricht und überhaupt bei jedem Zusammentreffen mit der Schülerschaft jeder parteipolitischen Rundgebungen, Bemerkungen und Erklärungen zu enthalten, welche in den Schülern den Eindruck einer nationalen, politischen oder religiösen Vereinnahmung hervorrufen und die Lehren und Lehren der Erziehung zur Beträglichkeit schädigen oder gar die Ergebenheit für die Tschechoslowakische Republik bedrohen und untergraben könnten.“

In der Schule darf sich keine Lehrperson ein Vorgehen erlauben, das den Charakter einer Agitation hätte. Besonders fürsorglich werden die Professoren und Lehrer dafür sorgen, daß in der Schule nichts geschieht, was der demokratischen Verfassung unseres Staates widerspricht und die Maßnahmen der gesetzlichen Körperschaften, der Regierung und der Nemter bogatellieren würde.

Wenn sich jemand gegen diese Pflichten vergehen sollte, würde er die Folgen eines solchen Vorgehens tragen. Am meisten wäre zu bedauern, wenn die Schülerschaft durch das Betragen einzelner Personen zu ungebührigen Rundgebungen oder unwürdigem Verhalten verleitet würde.

Unzulässig ist gleichfalls, daß die Schüler in die Schullasse die politische Agitation durch die Presse oder auf irgendwelche andere Art und Weise tragen oder in der Schule, sei es geschlossen, sei es einzeln, Ausgebungen parteipolitischer Art verbreiten.

Gleichzeitig werden die Erlass des Schulministeriums hinsichtlich des Verbots der Wahl-agitation in den Schulen, der Teilnahme von Schülern an politischen Demonstrationen und Rundgebungen und des Tragens politischer Zeichen in die Erinnerung zurücksprechen.“

Die Verbindungen der tschechisch-deutschen Rasis mit den Hunnen.

Nationalsozialisten des Trautenaus Kreises stehen mit hervorragenden Funktionären der reichsdeutschen Salenkreuzpartei in ständiger Verbindung.

Salenkreuzler aus dem Trautenaus und dem Braunauer Gebiete dienen in Deutschland

Vertagung der Weltwirtschaftskonferenz! Den Washingtoner Verhandlungen der Boden entzogen. Paris und London verärgert.

Paris, 21. April. Die Pariser Blätter reagieren sehr scharf auf die amerikanischen Finanzmaßnahmen. Ihrer Ansicht nach ist die Lage in Amerika nicht eine solche, daß es unabweislich notwendig gewesen wäre, diesen Schritt zu unternehmen, durch welchen Macdonald und Herriso, die nach Washington reisen, vor eine fertige Tatsache gestellt werden. Die Blätter machen kein Hehl daraus, daß die Washingtoner Beratungen nun überflüssig geworden seien.

Nach der Ansicht der Sonderkorrespondenten der französischen Blätter, die von Bord des Tampfers „Jole de France“ bereits über das Erscheinen der französischen Delegation über die amerikanischen Maßnahmen berichtet haben, ist es nun nicht ausgeschlossen, daß die Weltwirtschaftskonferenz auf unbestimmte Zeit vertagt wird.

Der New Yorker Berichterstatter des „Zeit Parisien“ meldet: Roosevelt wird bestrebt sein, mit Großbritannien und Frankreich ein Einver-

nehmen zu treffen, damit die Periode der Nichtstabilität des Dollars und der Gesamtsituation auf eine möglich kurze Dauer beschränkt werde.

London, 21. April. (N.A.) Ueber die Lage, die durch das Aufgeben des Goldstandards in den Vereinigten Staaten entstanden ist, schreiben die Londoner Blätter zurückhaltend. Sie sprechen sich dahin aus, daß es nicht klar sei, zu welchem Zwecke Präsident Roosevelt seine neuen Vollmachten in der Praxis benützen will.

Nach einer Meldung aus Washington ist Macdonald heute in New York gelandet und sofort im Sonderzug nach Washington weitergefahren. Im Zug erstattete ihm der englische Botschafter einen Bericht über die Ereignisse der letzten Tage. Der Presse gegenüber verhielt sich Macdonald ziemlich reserviert. Er betonte, daß die Aufgabe der Goldwährung durch Amerika in keiner Weise (?) England berühre.

KARL UND DAS 20. JAHRHUNDERT

Roman von Rudolf Brungraber

Copyright by Societäts-Verlag, Frankfurt am Main 1933

Karl hatte sogar die Ehre — er empfand es so, obgleich der Mann persönlich nicht den geringsten Eindruck auf ihn machte — er hatte die Ehre, Kaiser Karl im Rundflug um Udine zu führen. Anlässlich dieses Rundflugs ging seine Tat und seine Auszeichnung mit dem Kronenorden auch durch die Zeitungen. Ueber einem solchen Zeitungsblatt weinte auf der Insel Brazza der Nichtvormeister Josef Valner in einer Weise, daß es seinen Oberleutnant rührte. Er schrieb Karl einen herzlichen Brief und Karl blieb dann weiter mit ihm in Verbindung, schon um seinem Vater Erleichterungen zu verschaffen. Das kleine Weib dabei aber wurde von einem biblischen Grauen überkommen. Dies war zu viel für ihren Jungen und für sie, als daß es nicht irgendwie frevelhaft gewesen wäre. Als daß man nicht hätte hangen müssen, die Mächte würden es sich fürchtbar bezahlen lassen. Ihr Junge und der Kaiser — das ging unsäglich weit über die Welt des kleinen Weibes hinaus. Und sie begann über dem Zeitungsblatt zu beten.

Im deutschen Reichstag gab am 24. Juni der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr von Kühlmann, seiner Meinung dahin Ausdruck, daß bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und der Zahl der beteiligten überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen ebne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden könne. Das deutsche Hauptquartier, der Generalquartiermeister Ludendorff, war anderer Meinung. Er war noch immer überzeugt, den Krieg gewinnen zu

können, obgleich Deutschland bis auf seine letzte Reserve, bis auf 250.000 Knaben des Jahrgangs 1900 ausgeblutet war. Vor allem aber unterschätzte das Hauptquartier Amerika, das sich diesen Krieg 30 Milliarden Dollar kosten ließ und zur Zeit bereits eine halbe Million Soldaten in Frankreich abgesetzt hatte, denen es monatlich 250.000 folgen ließ. Die deutschen Unterseeboote waren in ihrer geringen Zahl (200) gegen die Truppentransporte machtlos, auch war den Engländern durch den einfachen Tritt der Radiopelleung ihr jeweiliger Standort meistens bekannt. Noch schwerer als die U.S.A. Soldaten fiel jedoch das Material ins Gewicht, das sie mitbrachten. Die Entente hatte nun an Stelle der 5000 schweren Maschinengewehre von 1914 60.000, an Stelle der 120 Flugzeuge von damals 2400 und an leichten Maschinengewehren, die es 1914 nicht gegeben hatte, 120.000. Die Entente-armeen verschleuderten insgesamt 150 Millionen Handgranaten. Im Sommer 1918 standen auch 3000 Tanks hinter der Westfront, während Deutschland, das diese Waffe unterschätzte, davon kaum einige Duzend besaß. Und der Tank entschied den Krieg.

Am 15. Juli stieß die zweite deutsche Ablenkungsarmee beiderseits von Reims tragisch ins Meer. Die Aktion war über die Schweiz veratet worden und brach unter dem Feuer der in die Fronten ausgewichenen Armeen Mangin und Gouraud zusammen. Es kam nicht mehr zu dem Dauphin in Flandern. Schon am 18. Juli brach bei Villers-Cotterets eine Reserve-Armee hochs (500.000 Mann, zur Hälfte Engländer und Amerikaner) mit 321 Tanks tief in die von einer Grippeepidemie heimgesuchten deutschen Linien, die überdies der geplanten Flandernoffensive wegen auf einen Stand von 140.000 Mann verringert worden waren. Und am 8. August wurden zwischen Acre und Acre von 415 Tanks an einem Tag sieben deutsche Divisionen so zerstückelt, daß sie nicht mehr ergänzt werden konnten.

An diesem Abend war der Krieg auch für die Einsichtslosen in den verbündeten Ländern verloren. Ein Kronrat in Spa beschloß am 14. August die Einstellung von Friedensverhandlungen, aber erst am 11. November wurden im Wald von Compiègne von den deutschen Parlamentären die Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnet.

Die (besonderen) Bedingungen waren: sofortige Räumung aller besetzten Gebiete, Entlassung aller Kriegsgefangenen ohne Gegenleistung (Frankreich behielt seine Gefangenen bis in das Jahr 1920), Auslieferung der deutschen Kriegsschiffe und sämtlicher U-Boote, ferner von 5000 Kanonen, 25.000 Maschinengewehren, 3000 Minenwerfern, 1700 Fliegerabwehrgeschützen, 5000 Lokomotiven, 150.000 Eisenbahnwagen, 5000 Lastkraftwagen. Aber es war ratsam, diese Bedingungen anzunehmen, obgleich sie den Engländern als eine gefährliche Herausforderung erschienen und obgleich die Pariser sagten: uns ist der Sieg in der verzweifeltsten Minute auf den Kopf gefallen. Es war ratsam, diese Bedingungen anzunehmen, denn er standen bereits zwei Millionen Amerikaner in Frankreich, mit einer Reserve hinter sich von abermals zwei Millionen. Es wäre in den folgenden Wochen wohl nicht zu verhindern gewesen, daß sich die Lanke über die letzten verhungerten Reste der einstmalig furchtbarsten Armee der Welt hinweg bis Berlin begeben hätten. Den 3.400.000 Deutschen standen bereits 9.000.000 Alliierte gegenüber. Marshall Koch hatte sich einen klaffenden Vernichtungsseidzug zurechtgelegt, innerhalb dessen selbst die Italiener über die Alpen nach Mitteldeutschland marschieren sollten. Einer der Unterschreibenden von Compiègne war der Zentrumsabgeordnete Erzberger, der am 2. September 1914 der Regierung eine Denkschrift über die Kriegsziele überreicht hatte, unter denen der alte Traum Adelfürstentums, ein deutsches Zentralafrika von Daries-Salam über Duala bis Senegambien, noch die

geringste Forderung gewesen war. Aber in diesen Tagen trat der Zottler Ebert an die Spitze der deutschen Republik und das deutsche Volk schloß sich anderen Zielen zuwenden. Der Aristokrat Graf Brockdorff-Rantzau formulierte sie einige Zeit später mit den Worten: Unerbittliche Kampfpläne gegen den Kapitalismus und Imperialismus, dessen Dokument der Friedensentwurf von Versailles ist.

Der Krieg war aus. Der Krieg der der Weltkrieg genannt wurde und für den später auf den Friedensverträgen zeichneten: Deutschland, Österreich, Ungarn, die Türkei, Bulgarien, die Vereinigten Staaten, das Britische Reich, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Poltawa, Brasilien, China, Cuba, Ecuador, Griechenland, Guatemala, Haiti, Sadschas, Honduras, Liberia, Panama, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, Südslawien, Siam, die Tschechoslowakei und Uruguay. Der Krieg war aus, der ein Fünftel des Gesamtvermögens der Menschheit verschlungen hatte, nämlich 126 Milliarden Dollar auf Seiten der Entente und 61 Milliarden auf Seiten der Zentralmächte. Für dieses Geld hätte man der Menschheit geben können:

	Milliarden Dollar
10.000 Gartenstädte mit je 1000 Einfamilienhäusern	100
100.000 Kinderheime	10
50.000 Schulen	15
10.000 öffentliche Bibliotheken	2
500 Universitäten	2
5.000 Theater	1
100.000 Sportplätze	5
10.000 Sanatorien	10
10.000.000 Bauernhöfe	20
10.000.000 landwirtschaftliche Maschinen	10
50.000.000 Stück Großvieh	2

(Fortsetzung folgt.)

Vom Maqr-Harting bis Krumppe.

Das jüdenorientierte Bürgerium liehert wieder einmal ein Beispiel nicht nur charakterlos, sondern auch stoummer Konjunkturpolitik. Die Deutschnationalen haben sich, obwohl sie die heutigen Nazis kurz zuvor als Kanarijagänger verhöhnten, nach der Machtergreifung der Harzburger mit affenartiger Geschwindigkeit in die braune Front eingegliedert. Die Kojage- und Bacher-„Demokraten“ liegen vor Hitler auf dem Bauch. Nun schwenkt auch die Partei der deutschen Christlichsozialen in die faschistische Front ein. Begonnen hat diese Schwenkung mit dem großen Summ, den ausgerechnete Herr Krumppe bei der Auslieferung der Nazi-Abgeordneten machte. Daß dabei keine Gefinnung, sondern reaktionäre Konjunkturpolitik ausschlaggebend war, beweist am besten das Kuschen unserer Schwarzen zur Verhaftung des katholischen Reichstags-Vizepräsidenten Esser, der ohne Auslieferungsbefehl, nur aufgrund von Denunziationen von den Kreaturen Görings eingekerkert worden ist. Weiter und ausschlaggebender Beweis, daß auch die jüdenorientierten Merkmalen das Kreuz zum Salenkreuz umbiegen wollen, ist die Attade der „Deutschen Presse“ gegen unsere Partei, weil wir angeblich die friedfertig grafsende Nazilämmchen wie ein blutlelzender Wolf umkreifen. Früher agitierten unsere Schwarzen mit der Parole: „Das Kreuz muß wieder in die Schule kommen!“ Heute machen sie es einfacher und schreien: „Hand weg vom Salenkreuz!“

Solchem Wandel müssen tiefgreifende Veränderungen in der christlichsozialen Führung vorgegangen sein. Scherz beiseite: Herr Maqr-Harting können wir uns nicht im Brauhennd vorstellen. Bei seinem Aussehen wäre die Zugehörigkeit zum Dritten Reich auf Schritt und Tritt mit Lebensgefahr verbunden. Nein, dieser Mann, der als aktivistischer Minister so viel Friedfertigkeit, so viel stummen Dulderstinn geoffenbart, ist als Spieggel von Fememördern nicht vorstellbar. Auch aus einem weiteren Grunde nicht. Ein Politiker, der bei der letzten Regierungsbildung so oft das Telefon in Bewegung setzte, um zu erfahren, wie „seine Sache“ stehe, wird sich doch nicht für alle Zukunft den Weg zu einem tschechoslowakischen Ministerstuhl veripern wollen, sintermal er in einem von Killinger annectierten Deutschböhmern aus oberwähnten Gründen schon garnicht Minister werden könnte! Für Maqr-Harting, der Verwaltungsreform und Rüstungsfonds so wacker mitbeschlossen hat, legen wir diesmal die Hand ins Feuer. Er kann nicht der Inspirator des Nazi-Kurses seiner Partei sein.

Eher kommt Herr Krumppe dafür in Betracht, der sich schon in der Volksportjache als warmer Freund (Verzeihung, das soll keine Anspielung auf römische Beziehungen sein) der Salenkreuzler erwiesen. Herr Krumppe hat sich doch auf seine politische Laufbahn als erzhertzoglicher Erzherzog vorbereitet. Warum soll sein republikanisches Herz nicht aufrauen, wenn die Salenkreuz-Sonne wieder so herrliches Habsburger- und Hohenzollernwetter beidert? In solch milden Frühlingstagen, wenn die Gloden aus Rom angefliegen kommen und Herr Dollfuß nach Rom fliegt, da der Pabst dem Herrn Pape n Generalablah für die Schlächtergelehen der „nationalen Revolution“ mitgibt, vergißt ein deutschchristlicher Mann leicht seine Sünden als aktivistischer Politiker in der legerischen Hufstentepublik. Seipels unerfüllter Traum war es, den katholischen Staatengürtel vom Mitteländischen Meer wieder bis nach Polen hinaufzuspannen; und die Päbstlichen haben sich noch lange nicht mit der Minderung ihrer weltlichen Macht, geschehen durch den Zerfall Alt-Österreichs, abgefunden. Warum soll ihr Auge nicht ein wenig in die Ferne schweifen, wenn in der Nähe keine Hoffnung blüht?

Sage mir, mit wem du umgehst und ich sage dir, wer du bist! Jetzt hilft den deutschen Christlichsozialen kein zimperliches Aufgeregtsein mehr, sondern nur ehrliches Farbe-Bekennen. Nach ihrem bisherigen Verhalten muß man sie auch zu jenen Verbrechern an dem jüdenorientierten Volke zählen, die, von Arbeiterhaß verblendet, alles auf die Hitlerkarte setzen. Es steht jedem frei, seine politische Existenz und Zukunft einem Narrenhaus in Verleix zu geben. Aber wir deutschen Sozialdemokraten werden mit schonungsloser, unerbittlicher Schärfe allen offenen und versteckten Salardeuren den Kampf anlagen, welche das jüdenorientierte Schicksal an faschistische und monarchistische Abenteuer letten wollen. Wir haben schon einmal angetressen, was uns die schwarzen Trottel in Wien und die forschen Narren in Potsdam eingebrockt haben. Die jüdenorientierten Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern haben für die große Sannauze Karl Herrmann Wolffs gebüht, der nach Hitler-Manier noch im Jahre 1917 „die Peitsche für die Kenntenz der lawischen Völker“ verlangte. Möge dieser idiotische Nationalist immer heute wieder auferstehen in funkelneluener Hitleruniform und das jüdenorientierte Spiekerium, von den Salenkreuzlern bis zu den Christlichsozialen, verkehren — wir werden uns diesem Ungeist und seinen Trägern mit Verlekerwut entgegenwerfen. Damit verteidigen wir die Existenz von 8 Millionen Sudeten-Deutschen, die nur verbürgt werden kann durch aufrechte demokratische Selgung durch Frieden, Freiheit und Sozialismus!

DER DATUMSTEMPEL BÜRGT FÜR GUTEN EINKAUF



Lebensmittel des täglichen Bedarfs will man mit Recht auf ihre Verlässlichkeit prüfen können. Auch Margarine! Vitello gibt Ihnen diese Möglichkeit. Achten Sie stets auf den Datumstempel, der anzeigt, bis wann der Würfel zu verbrauchen ist.

VITELLO
DELIKATESSE-MARGARINE

Neuer Tarnungsversuch der Nazis.

In großer Aufmachung veröffentlicht der „Tag“ vom 21. April eine Kundmachung der Salenkreuzlerischen Parteileitung, die sich gegen die Verleumdungen und die „Kriegscheche der Sozialdemokraten“ richtet.

In der voll heuchlerischen Entrüstung tiefenden Erklärung wird die vom Abg. Jung am 1. Feber im Parlament abgegebene grundsätzliche Einstellung der Nazis zum tschechoslowakischen Staate wiederholt. Die jüdenorientierte DNVP wird als vollkommen selbständige, unabhängige Partei erklärt; ihr innerpolitisches Ziel sei vollständige Gleichberechtigung und nationale Selbstverwaltung, ihr außenpolitisches Ziel sei die Zusammenfassung aller mitteleuropäischen Staaten mit Einschluß Deutschlands zu einer Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft und Abschluß vom derzeitigen System der Militärbündnisse.

Also: Wiederholung der Loyalitätserklärung, daß die Nazis „fest“ auf dem Boden des tschechoslowakischen Staates stehen.

Nun, vor Tische las mans etwas anders! Wir sind so frei, an einige Tatsachen zu erinnern.

Abg. Jung sagte am 11. Juni 1927 auf dem „Völkischen Abend“ in Harzdorf bei Reichenberg nach der nationalsozialistischen „Neuen Zeit“ Nr. 48, 1927:

„Wir bilden ein deutsches Reich frei hinüber, aber dieses Deutschland sieht wesentlich anders aus, als das heutige. Dieser Staat der Zukunft, den wir Nationalsozialisten erschaffen und schaffen wollen, von dem erstmalig einer unserer Velden, unser früherer Parteivorsteher, Freund Antisch, in den Tagen des Zusammenbruchs in einer staatsrechtlichen Erklärung sprach, ist das freie, soziale Alldeutschland!“

Die „Neue Zeit“ berichtet in der Nummer 56, Jahrgang 1927, vom Gablonszer Bezirksverbandstest in Dessendorf, an welchem auch Goebbels teilnahm:

„Einen 30-Kilometer-Eilbotenlauf“

führte die nationalsozialistische Jugend durch. Er überbrachte die in Reichenberg übergebenen Grüße unseres 1. Parteivorstehenden, Pp. Abg. Ing. Rud. Jung, an Pp. Dr. Goebbels-Berlin.

Diese lauten:

Brag-Reichenberg, 3. Seuert 1927.

Die jüdenorientierten Nationalsozialisten begrüßen den Vertreter ihrer reichsdeutschen Bruderbewegung, Parteigenossen Dr. Josef Goebbels, der zum ersten Male auf jüdenorientierten Boden weist, auf das Herzlichste.

Sie wünschen, daß er ihre Heimat mit dem Eindrucke verläßt, daß hier Volksgenossen schwer

um den Bestand ihres Volkstums ringen, daß jedoch „das Heer vom Salenkreuz“ treue Wacht hält und für die deutsche Zukunft, für das Dritte Reich, für Volkstum, Freiheit und soziale Gerechtigkeit kämpft!... Es lebe das freie, soziale Alldeutschland!“

Von der Haupttagung der reichsdeutschen Nationalsozialisten in Nürnberg berichtet die „Neue Zeit“ Nr. 68, 1927:

„Vertreter der Nationalsozialisten Abg. Jung und Krebs.“

Jung führte aus:

„Am Namen und Auftrag der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der Sudetenländer, Ihrer Bruderpartei, überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße. Wir sind stolz darauf, Ihrer so wunderbaren Tagung beizuwohnen zu können. Wir freuen uns insbesondere, vor allem morgen feststellen zu können, daß das Heer vom Salenkreuz im Deutschen Reich sich in einem geradezu prächtigen Aufstieg befindet und immer mehr die Hoffnung, vor allem des Grenzlanddeutschtums, wird.“

Wir jüdenorientierten Nationalsozialisten erstreben dasselbe, was Euer Streben ist. Gleich Euch kämpfen und ringen wir für eine staatliche Gestaltung, die einer der Euren mit den Worten ausdrückte: „An das Dritte Reich, einer der Unsrigen: „Das freie Alldeutschland“ nennt.“

Wir haben die Aufgabe, das Sudetendeutschtum vor der Verumpfung und davor zu bewahren, daß alle Sudeten-Deutschen sich mit der heutigen Gestaltung der Dinge zufriedengeben... Es lebe das freie, soziale Alldeutschland!“

Die verehrliche „Gesamtleitung“ der D. N. S. A. P. wird selbst zugeben müssen, daß zwischen beiden Lesarten wesentliche Unterschiede bestehen. Die Erklärung sagt, „daß für die Annahme, die reichsdeutsche DNVP plane die Verschlagung der Tschechoslowakei, jeder stichhaltige Beweis fehle, da diese Annahme sich auf keine parteiamtliche Erklärung zu stützen vermag“. Die Nazis sind doch Schächer! Es fehlt ausgerechnet ihnen der „parteamtliche Beweis“, ohne daß selbst betonten, daß von solchen Plänen absolut nicht die Rede sein könne und sie sich mit aller Entschiedenheit dagegen stellen würden!

Daß die Erklärung der Nazis sich auch über den Terror der Sozialdemokraten beschwert und schließlich von einer „ausgesprochenen Kriegscheche“ unserer Partei spricht, sei noch nebenbei gestreift als unsinniger Versuch der Nazi, ihre eigene Politik zu — tarnen...“

Nur zehn Prozent Notendeckung in Hitler-Deutschland.

Berlin, 20. April. Die Deutsche Reichsbank legt soeben ihren Ausweis für die zweite Aprilwoche, das heißt für die Zeit bis zum 18. April vor. Um es vorwegzunehmen: in dieser einen Woche ist ein

Gold- und Devisenverlust von 225.7 Millionen Reichsmark.

mit anderen Worten von 28.5 Prozent oder annähernd eines Drittels des Gesamtbestandes von 754.4 Millionen Reichsmark vom 8. April eingetreten. Dieser ungeheure Verlust ist zum Teil verursacht durch den Zwang der Rückzahlung des bekannten Reichskontokredits.

Die Menge der umlaufenden echten Banknoten hat sich kaum verändert: 8.5 Milliarden Reichsmark am 1. April, 8.4 Milliarden am 8. April und 8.4 Milliarden am 18. April. Das Deckungsverhältnis dieser echten Banknoten jedoch hat sich laut Ausweis von 23.7 Prozent am 1. April über 22 Prozent, am 8. April auf 15.5 Prozent am 18. April gesenkt.

Unter Berücksichtigung der Tatsache jedoch, daß schon im Juni dieses Jahres eine weitere kurzfristige Devisenverpflichtung in Höhe von 45 Millionen Golddollars gleich 180 Millionen Reichsmark fällig wird, vermindert sich der echte Gold- und Devisenbestand auf 349.7 Millionen Reichsmark und das Deckungsverhältnis auf 10 Prozent, wie der amtliche Ausweis zuzugeben und zu betonen gezwungen ist!

Und wenn schließlich und aus Gründen notwendiger Klarheit noch berücksichtigt wird, daß die Regierung Hitler seit Beginn ihrer Tätigkeit insgesamt 1.8 Milliarden Reichsmark an unechten Zahlungsmitteln ausgegeben hat, für die der deutsche Kredit haftet, so ergibt sich, daß

effektiv nur eine Notendeckung von 5.3 Prozent verbleibt — ein Deckungsgrad, der die Tendenz zu weiterer Verschlechterung zwangsläufig in sich trägt!

Der „Nietzsche-Kanzler“ mit dem Symbol seiner Geistigkeit.



„Führer, wenn du zum Volke gehst, vergiß die Peitsche nicht!“

„Revision unmöglich.“

Titulescu berichtet über seine Verhandlungen.

Belgrad, 21. April. In Subotica fand heute eine Unterredung des jugoslawischen Außenministers Tistio und des rumänischen Außenministers Titulescu statt, wobei letzterer Tistio über seine Beratungen in Paris und London informierte. Nach einer halboffiziellen Meldung seien die Minister zu der Feststellung gelangt, daß sich die Kleine Entente mit allen Mitteln für eine Verteidigung des Friedens eingesetzt hat, um ernstlichen Konflikten vorzubeugen. Diese Tatsache habe große positive Ergebnisse gezeitigt, so daß eine Revision der Friedensverträge sich als unmöglich erwiesen habe.

Falckten erschlagen einen agrarischen Gemeindevorsteher.

In der Gemeinde Krasnice bei Pře-louč wurden der Gemeindevorsteher, der Gastwirt Kobotny, und seine Frau von drei Männern überfallen, welche sie brutal mißhandelten. Kobotny wurde die Schädeldecke zertrümmert, so daß die Kerze nur wenig Hoffnung haben, ihn am Leben zu erhalten. Auch seine Frau wurde schwer verletzt. Unter dem Verdacht, den Mordüberfall begangen zu haben, verhaftete die Gendarmerie den ehemaligen Hegez Jaroslav Fizek und seine beiden Söhne. Am Tatorte wurde ein Messer gefunden, welches Fizek gehört. Einer der Täter hat bereits ein Geständnis abgelegt. Alle drei sind organisierte Faschisten und in der faschistischen Bewegung hervorragend tätig. Wegen Kobotny, der tschechischer Agrarier ist, führten sie einen erbitterten politischen Kampf.

Die Einzahlungsgebühr im Postscheckverkehr.

50 Heller für jeden Erlagschein.

Brag, 21. April. Erst heute gibt die Postsparkasse (dringend notwendige!) Erläuterungen zu der Regierungsverordnung vom 18. April heraus, mit der die Verzinsung der Einlagen im Scheckdienst der Postsparkasse aufgehoben und eine Einzahlungsgebühr für Posterslagscheine eingeführt wird.

Dennoch wird die Einzahlungsgebühr per 50 Heller für jede mittels Posterslagschein durchgeführte Bareinzahlung auf ein Postscheckkonto eingeführt, und zwar ohne Unterschied, ob der Kontoinhaber ein Privater oder eine staatliche Behörde (Steueramt, Gericht usw.) ist.

Gleichzeitig wird auch die Verzinsung der Einlagen im Scheckdienst aufgehoben, die bisher ein Prozent betrug. Dafür entfällt die Manipulationsgebühr von 25 Hellern, die die Postsparkasse für jede Gutschrift und Lastschrift auf dem Scheckkonto dem Kontoinhaber bisher berechnete. Die bargeldlosen Überweisungen von einem Konto auf ein anderes werden damit von jeder Gebühr befreit.

Die Postsparkasse vertweist gleichzeitig auf die Möglichkeit für jedermann, sich ein Postscheckkonto eröffnen zu lassen, um so beliebig viele kostenfreie Überweisungen von Konto zu Konto vornehmen zu können. Die Postsparkasse will so den bargeldlosen Zahlungsverkehr propagieren und ihn möglichst allgemein einführen.

Die Kommunisten verteidigen das Hakenkreuz!

Es ist doch eine Einheitsfront!

Dem „Vorwärts“ ist es unangenehm, daß wir keine auffallende Sorge um das Wohlergehen der Hakenkreuzler und des „Tag“ sofort angenommen haben. Selbstverständlich weiß der „Vorwärts“ alles besser. Nach ihm ist jede Maßnahme gegen die Hakenkreuzler nur ein Mittel, die Hakenkreuzler zu fördern und den Kommunisten zu schaden. Wenn man seine letzte Auslassung liest, müßte man glauben, daß man den Faschismus nur dadurch bekämpfen kann, daß man die Faschisten ungestraft reden und schreiben läßt, was ihnen paßt. Was die Kommunisten eigentlich wollen, bleibt unklar. Der „Vorwärts“ schreibt:

Sie (nämlich die Demokratie) wird vielleicht die Hakenkreuzblätter vorübergehend einstellen, sie wird den Hochverratsprozeß gegen die Hakenkreuzabgeordneten möglicherweise durchführen, ja, unter Umständen sogar ein formelles Verbot der Hakenkreuzpartei beschließen. Aber das wird auch alles sein und die Hakenkreuzler werden trotz dieser mehr oder weniger formellen Maßnahmen die Möglichkeit haben, unter wohlwollender Förderung durch den Staatsapparat ihre faschistische Rolle gegenüber der Arbeiterklasse durchzuführen.

Wer das versteht, kriegt einen Tschermoneh. Erst schreien die Kommunisten danach, daß gegen die Faschisten etwas unternommen werde. Ergreift die Regierung Maßnahmen, sind sie natürlich wieder nicht zufrieden. Glauben denn die Kommunisten, daß es genügt, Versammlungen und Demonstrationen abzuhalten und Resolutionen zu beschließen? Glauben sie, daß sich die Hakenkreuzler dadurch abhalten lassen, weiter zu agitieren, Arbeiter zu überfallen und sie der reichsdeutschen SA-Feme auszuliefern? Glauben die Kommunisten, daß sie die Möglichkeit haben, die Wortbege der Hakenkreuzlerischen Presse zu unterbinden und die Spitzelorganisation in Nordböhmen zu verhindern? Glauben sie wirklich, daß diese formellen Maßnahmen, wie sie sie nennen, überflüssig sind? Welche Maßnahmen soll denn die Regierung ergreifen?

Die Kommunisten wissen selbstverständlich ganz genau, daß das, was gegen die faschistische Bewegung in der tschechischen und deutschen Bevölkerung unternommen wird, wohl begründet und im Interesse der Arbeiterklasse und der demokratischen Rechte notwendig ist. So wie sie aber seit jeher gegen die Sozialdemokratie gehetzt haben, fühlen sie sich auch jetzt verpflichtet, die Sozialdemokraten als Verräter hinzustellen. Sie beweisen damit neuerlich, daß sie als Faktor im Kampfe gegen den Faschismus wertlos, für die Abwehrbewegung der Arbeiterklasse überflüssig und schädlich sind.

Für Herabsetzung der Kohlenpreise.

Prag, 21. April. Der Preisauschuß des Kohlenrates hielt heute eine Sitzung ab, die vier Stunden dauerte. Der Ausschuß beschloß mit Stimmenmehrheit, die Herabsetzung der Preise der Kohle auf den Gruben zu empfehlen. Ueber den Umfang dieser Herabsetzung und über die Richtlinien, nach welchen die Herabsetzung durchgeführt werden sollte, erstattete der Ausschuß sein Gutachten.

In einer Resolution erklärt es der Preisauschuß für notwendig, daß die Kohlenpreise für die Konsumenten herabgesetzt werden; er empfiehlt, die Herabsetzung bei allen Komponenten, die diesen Preis bestimmen, vorzunehmen.

Mährisch-schlesischer Landesauschuß.

Brünn, 21. April. In der heutigen Sitzung verhandelte der mährisch-schlesische Landesauschuß den Rechnungsabschluss des mährisch-schlesischen Landesfonds für das Jahr 1932, der nach Verhandlungen in der Finanzkommission und in der schlesischen Kommission der Landesvertretung zur Genehmigung vorgelegt werden wird. In der ordentlichen Wirtschaftsbewertung des Landes war der ordentliche Bedarf für das Jahr 1932 mit einem Betrage von 411.121.278 veranschlagt, die Gesamtabdeckung inklusive dem Ertragnis der Landeszuschläge zur direkten Steuer mit einem Betrage von 411.124.053 K, so daß der Voranschlag mit einem Ueberschuß von 2775 K abschloß. Die tatsächlichen Ausgaben betrugen im Jahre 1932 377.584.334 K, die tatsächlichen Einnahmen 378.327.108,12 K, so daß der tatsächliche Ueberschuß 742.773,78 betrug. Der Landesauschuß beschloß, um einen Beitrag von 46 Millionen Kronen aus dem Ertragnis der Arbeitsanleihe für Landesinvestitionen zu ersuchen.

Meine Frau freut sich...

wann die Post die „Unzufriedene“, das Wochenblatt der Frau, bringt!

Einzelpreis 60 Heller in jeder Trafik erhältlich! Vierteljahrspreis mit Postzusendung Kf 7.50. Verwaltung: Prag II., Nekazanka 18.

Ein Raubmord in Brünn.

Brünn, 21. April. Im Hause Hybesstraße 25 bis 27 in Brünn wurde in der Nacht auf gestern ein Verbrechen verübt, dem die siebenundsechzigjährige Private Franziska Fuchs zum Opfer fiel.

Das Verbrechen wurde folgendermaßen entdeckt: Gestern gegen 10 Uhr vormittag bemerkte der Diener der Firma Eduard Schulhof, daß in der Nacht ein unbekannter Täter in das Schlafzimmer des Vorfabrikanten Schulhof eingedrungen war und das Zimmer nach Wertgegenständen durchsucht hatte. Der Diener verständigte den Fabrikanten, der aber nicht gleich die Polizei benachrichtigte. Erst als die in einem kleinen Holzrath des gleichen Hauses wohnende Frau Fuchs vormittag nicht zum Vorschein kam, schöpfte man Verdacht und ließ das versperrte Häuschen gewaltsam öffnen.

Den Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick.

In dem Zimmer, in dem sämtliche Gegenstände durcheinander geworfen waren, lag Frau Fuchs mit einer blutenden Wunde im Gesicht tot im Bett. Der Täter hatte der Greisin mit einem harten Gegenstand einen Schlag ins Gesicht versetzt und hatte ihr die Nase und Oberlippe zertrümmert.

Tagesneuigkeiten

„Staatsgelder für rote Volkshäuser.“

Wird der deutsche Turnverband sein Eigentum dem Staate schenken?

Daß unsere Presse immer wieder feststellt, daß die sogenannte nationale Erhebung in Deutschland vor allem im Raub und Diebstahl des Eigentums der Arbeiterklasse besteht, hat unsere Hakenkreuzler in Unruhe versetzt. Wie sehr den Hakenkreuzlern unsere Berichte über die Schandtat ihrer Gesinnungsgenossen auf die Nerven gehen, zeigt eine Notiz im „Tag“ mit der oben zitierten Ueberschrift. Dort wird mitgeteilt, daß die roten Bonzen die Arbeitergelder verprakt haben und die roten „Volkshäuser“ aus Staatsgeldern errichtet und ihr Eigentum eigentlich der Staat ist, der jetzt vollkommen rechtmäßig wieder in seinen Besitz gelangt. Als Beispiel führt der „Tag“ das „marxistisch-Volkshaus“ in Leipzig an, das in den Jahren 1920 und 1921 vom Landtag „die geradezu phantastische Summe von vier Millionen Mark“ als Darlehen erhielt. In den ersten Umsturzjahren wurde bekanntlich das Leipziger Volkshaus bei Straßenkrawallen stark beschädigt, zum Teil sogar durch Feuer vernichtet. Aus eigenen Mitteln hat sich die Arbeiterklasse unter schwersten Opfern ihr Heim wieder aufgebaut. Die „phantastische Summe von vier Millionen Mark“, von der der „Tag“ meldet, wurde 1926, wie der „Tag“ selbst mitteilt, (es waren Inflations-Mark) mit 6.692,65 Goldmark festgelegt. Wer das Leipziger Volkshaus kennt, weiß, daß es einen Wert von Millionen Goldmark repräsentiert. Weil nun das Land Sachsen, um den zugesagten Schaden, der hundertausende Goldmark betrug, wieder gutzumachen, 6002 Mark als Darlehen bewilligte, deswegen ist derjenige Raub und der Diebstahl des Volkshauses nach der Auffassung des „Tag“ gerechtfertigt. Entsprechend dem Werte des Darlehens hätten die Leipziger SA-Männer ein Aloset des „Volkshauses“ befehlen können, man raubte aber das ganze Volkshaus. Das ist und bleibt Diebstahl.

Ebenso steht es um die geraubte Bundeskasse des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig, die einen Wert von ungefähr 1,5 Millionen Mark repräsentiert. Jedes Mitglied des Bundes mußte als Postlein 1.- Mark zeichnen (600.000 Mitglieder), daneben wurde eine große Spenden-Aktion innerhalb der Arbeiterklasse durchgeführt. Der Staat hat den beachtlichen Betrag von 90.000 Mark zur Verfügung gestellt, das sind 6 Prozent des Wertes. Die Bundeskasse wurde der Arbeiterklasse ebenfalls gestohlen. Wobei noch zu bemerken ist, daß alle bürgerlichen Sportorganisationen in Deutschland schwere Gelder zur Erbauung ihrer Schulen erhielten. Der „Tag“ bemerkt am Schluß seiner Schmutz-Konze: „Diese beiden Fälle sind kraße Korruption und die parteiwillige Verwendung und Verschleuderung von Staatsgeldern für Privatzwede.“ Die ganze Notiz des „Tag“ ist so dumm wie ordinär. Wir haben nur den einen Wunsch, daß der deutsche Turnverband der Tschechoslowakei, der ja heute vollständig unter dem Zeichen des Hakenkreuzes marschiert, daraus die Konsequenzen zieht und erkennt, daß er auf Grund der Subventionen, die er bisher vom tschechoslowakischen Staate bekommen hat, seinen Besitz und sein Eigentum als Staatsigentum erklärt. Sonst müßte man auch von kraßer Korruption und von Verschwendung von Staatsgeldern sprechen.

Durch den Hitler-Faschismus in den Tod getrieben!

Weimar, 21. April. Der ehemalige Leiter des Landesverbandes der Krankenkassen, Reese, der seines Amtes entsetzt worden war, hat sich, seine Frau und sein 4½-jähriges Söhnchen mit einem Schlafmittel vergiftet. Reese wurde tot aufgefunden. Frau und Kind gaben noch Lebenszeichen von sich. Sie wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Schlag ins Gesicht versetzt und hatte ihr die Nase und Oberlippe zertrümmert.

Ob die Frau an den Folgen dieser Wunden gestorben war oder ertrunken wurde, konnte noch nicht festgestellt werden. Ob und was der Täter entwendet hatte, wurde gleichfalls noch nicht konstatiert.

Frau Fuchs lebte in einem verschlossenen Einflügelzimmer und ließ keinen Menschen ihr Zimmer betreten. Man hielt sie für wohlhabend. Am Tatort fand sich eine Kommission ein, die sofort die Untersuchung des Falles aufnahm. Die Ergebnisse der bisherigen Nachforschungen deuten darauf hin, daß es sich um einen Raubmord handelt.

Die Polizei verhaftete eine Person, von der bekannt ist, daß sie die Ermordete früher zu besuchen pflegte, und die daher nicht nur über deren Vermögensverhältnisse, sondern auch über das Versteck von Vermögenswerten unterrichtet sein dürfte. Bissher konnte noch nicht genau festgestellt werden, was entwendet wurde. Die Ermordete besaß ein Sparkassenbuch über einen noch unbekanntem Betrag, verschiedene Juwelen und altschlesische Wertpapiere unbekannter Emission im Werte von 1600 Gulden.

Karwiner Hungerstreik beendet.

Mährisch-Odrau, 21. April. Auf der Grube „Johann Karl“ in Karwin, die Larisch-Männlich gehört, sind gestern von der aus 278 Bergleuten bestehenden Belegschaft der Frühlicht und den 207 Bergleuten der Nachmittagslicht nur 35 und heute 17 Mann ausgefahren, so daß 518 Bergleute in der Grube geblieben sind. Sie hielten sich meistens in den Hauptgängen in der Nähe des Schwachtes auf, wo sie sich aus Holzbretern Lager anfertigten. Die Hauptgänge sind elektrisch beleuchtet, gelüftet und auch die Abwässerungsanlagen sind in Tätigkeit. Nur die Pumpenwärter sowie die Grubenarbeiter führen aus und ein. Die Streikenden verweigerten die Nachmittagsaufnahme.

Erst spät am Abend wird gemeldet, daß der Hungerstreik beendet wurde und die gesamte Belegschaft um 18 Uhr 50 ausgefahren ist.

Vorher hatten die Vertreter der Streikenden mit der Direktion der Larisch-Gruben verhandelt. Auf die Zusicherung, daß die bestreikten Schichten einzuschuldigt werden, wurde der Streik beendet. Am Montag sollen Verhandlungen über die Forderungen der Streikenden aufgenommen werden.

Ist das auch Margiftenhehe?

Die „Vossische Zeitung“ meldete am 19. April: Der Anwaltverband von New York hat eine Entschickung gefaßt, in der der Widerwille aller an deutsche Anwälte ergangenen Einladungen gefordert wird, die anlässlich der Weltausstellung in Chicago abgelehnt worden waren. Es wurde ausdrücklich erklärt, daß dieser Beschluß eine Willensäußerung christlicher Anwälte darstelle und in keinerlei Zusammenhang mit jüdischen Kreisen stehe.

Der holländische Turnverband, welcher vom Vorstand der Deutschen Turnerschaft zum Turnfest in Stuttgart eingeladen wurde, hat diese Einladung abgelehnt und in der Begründung erklärt, die holländischen Begriffe von Geistes- und Glaubensfreiheit könnten nicht in Uebereinstimmung mit dem heutigen deutschen Regierungssystem gebracht werden, dem die Deutsche Turnerschaft offiziell ihre Mitarbeit angeboten hat.

Hugo Alose gestorben. Der Sekretär der tschechischen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge, Herr Hugo Alose, ist, erst 36 Jahre alt, plötzlich gestorben. Sein Tod ist um so tragischer, als er erst vor kurzer Zeit seine Frau durch den Tod verloren hatte. — Hugo Alose war ein hochgebildeter Mann, der seine ganze Kraft der sozialen Arbeit gewidmet hat. Dabei traf er mit Menschen aus den verschiedensten politischen Lagern zusammen, die ihn alle ob seiner Lauterkeit und Aufrichtigkeit hochschätzten. Nicht nur als Sekretär der Landeskommission, deren umfangreiche Arbeitsgebiete er mit vorbildlichem Pflichteifer beehrte, sondern auch als Geschäftsführer verschiedener Kommissionen des Reichsverbandes hat Alose Hervorragendes geleistet. Alose war das Muster eines bescheidenen, guten Menschen und sein Tod erfüllt alle, die das Glück hatten, ihn zu kennen, mit tiefster Trauer. Aus dem Lager der bürgerlichen Jugendbewegung kommend, übte Alose allen gegenüber vornehme Objektivität: so kommt es, daß die Trauer um ihn auch in den Kreisen der sozialdemokratischen Jugend groß ist, der er bei der sozialen Arbeit immer ein freundschaftlicher Berater und Förderer war. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird das Andenken dieses wahrhaft großen, guten und unerlebbaren Menschen dauernd in Ehren halten.

Ein schamloser Schwindel der Nazi. Auf dem Umwege über unser Klubsekretariat Prag erfuhren wir, daß die bürgerlichen Parteien von Reichstadt, unter der Führung der Gafinger, im Hotel „Burg“ eine Versammlung hatten, in der die faßlarm bekannte Resolution gegen die Auslieferung der nationalsozialistischen Abgeordneten behandelt wurde. Natürlich wurde diese Resolution, die gegen unsere Partei und den Bund der Landwirte gerichtet ist, einstimmig

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Prag: 6.45: Gymnastik, 7.30: Konzert, 9.15: Tanz und Liebe in Volksliedern, 11: Orchesterkonzert, 18: Deutsche Sendung: „Die schöne Hofmunde“, 19: Sauter Abend, 20: Konzert, 21: Orchesterkonzert, 22.20: Tschech. Jazzmusik. — Brünn: 9.15: Tschechische Lieder, 12: Blasmusik, 18: Deutsche Sendung: Moderne Kammermusik, 20.35: Violinkonzert. — München: 18.50: Orchesterkonzert, 20.15: „Die Meisterlinger von Nürnberg.“ — Berlin: 18: Kammermusik — Königsberg: 18.15: Lieder mit Harmonbegleitung, 20: Orchesterkonzert. — Röhrlader: 20: Operettenmusik. — Langenberg: 20: Volkskonzert. — Wien: 11.30: Synchronkonzert, 16.30: Oester. Volkslieder.

„mig“ angenommen. Eine Abschrift der Resolution fandte man dem Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten ein. Dabei hatten diese Ehrenmänner die Freiheit, auf die Resolution auch den Namen „Sozialdemokratische Partei“ zu schreiben. Es sah so aus, als ob unsere Partei in dieser Versammlung anwesend gewesen wäre und mit für die Resolution gestimmt hätte. Wir haben sofort Nachforschungen angestellt und können heute feststellen, daß in der fraglichen Versammlung nicht ein einziger Sozialdemokrat anwesend war, daß es sich hier also um eine aufgelegte Fälschung und um einen ordinären Schwindel handelt.

Selbstmord. In der Wohnung seiner Eltern in Prag-Bubentín hat sich der Soldat Friedrich Reichmann vom 9. Infanterieregiment in Boderlam, der auf Urlaub entlassen wurde, durch Leuchtgas vergiftet. Die Ursache des Selbstmordes wird von einer Kommission untersucht.

Die bösen Fremdwörter. Im „Leipzig-Schönbauer Anzeiger“ ist seit mehreren Wochen im Inzeratenteil folgendes Angebot zu lesen: „3 Zimmer, groß, sonnig, fließendes Wasser, Zentralheizung, Bad, mit allen Chimänen der Neuzeit entsprechend ausgestattet, zu vermieten.“ Nicht unmöglich, daß der glückliche Mieter sich bald verschiedenen Chimänen ausgesetzt sieht.

Zehn Kinder verhungern lassen. Die bulgarische Polizei hat einen unerhörten Fall von Wohlthatigkeitschwindel aufgedeckt. Es war aufgefalle, daß eine Frau in den Gebärtskliniken und Spitalern Sofias häufig vorkam und sich zur Adoption von unehelichen Kindern anbot. Sie erklärte, daß sie für Kinder ganz besondere Vorliebe habe, und verlangte nur einen einmaligen Erziehungsbetrag. Die Polizei untersuchte den Fall und stellte fest, daß von den angenommenen Kindern zehn nicht mehr am Leben waren. Aus dem Zustand der übrigen ist anzunehmen, daß man sie hungrig sterben ließ.

Der Kampf gegen Tuberkulose und Krebs. Zwei ungarischen Gelehrten ist es gelungen, den in der ärztlichen Praxis zur Diagnose gebräuchlichen Röntgenapparat mit einer Photoselle in der Weise in Verbindung zu bringen, daß die Röntgenaufnahmen viel mehr Details als beim gegenwärtigen Verfahren aufweisen und dadurch auch die kleinsten Veränderungen im Innern des menschlichen Organismus beobachtet werden können. Durch die Verwendung des vom Chefarzt A. J. J. und dem Professor der Physik J. J. konstruierten Apparates hofft man bis jetzt als „unheilbar“ geltende Krankheiten wie Tuberkulose und Krebs, in einem Frühzustand feststellen zu können, so daß ihnen auch frühzeitig entgegengetreten werden kann.

Falschmeldung über den Tod Nobiles und Gabrielle Annunzio. Gestern mittags veröffentlichte das Wolffbüro auch zwei vom tschechoslowakischen Brehbüro übernommene Meldungen aus Rom, wonach General Nobile in Veningrad und Gabrielle Annunzio in Vardone gestorben seien. Die Prager tschechischen Blätter, die am Nachmittag erschienen, brachten die Todesnachricht groß aufgemacht, zum Teil sogar mit Bildern und Nachrichten versehen. Inzwischen teilte das Brehbüro um 3 Uhr nachmittags mit, daß das Wolffbüro einer Infektion zum Opfer gefallen sei.

Getrunkenen Chauffeur. In Pilsen stieß am Freitag ein Personenauto mit einem einpännigen Wagen zusammen, wobei der Fahrer durch schwere Verletzungen erlitt und ins Krankenhaus gebracht wurde. Der Chauffeur, der 32-jährige Karl Dpl aus Pilsen war betrunken und wurde daher verhaftet; gleichzeitig wurde ihm der Führerschein abgenommen.

Siehung der Rassenlotterie vom 21. April

20.000 K: 32.314.
5.000 K: 12.658, 22.632, 24.261, 27.826, 32.126, 42.295, 48.639, 50.308, 56.919, 59.539, 63.757, 65.803, 71.152, 84.556, 89.685, 97.164.
2.000 K: 310, 654, 2.657, 7.321, 13.776, 14.580, 15.043, 15.520, 17.676, 19.330, 20.198, 20.282, 32.325, 34.507, 37.067, 41.023, 41.635, 43.164, 46.136, 49.750, 53.320, 54.343, 54.919, 55.351, 57.503, 57.446, 59.474, 63.268, 67.867, 69.860, 74.802, 75.126, 75.167, 78.273, 82.659, 82.706, 84.051, 84.585, 86.762, 89.460, 91.707, 92.143, 92.981, 96.199, 96.482, 97.262, 99.254, 99.453, 99.498, 99.644, 100.120, 102.140, 103.158.
1.200 K: 5.585, 6.263, 12.882, 40.526, 42.161, 49.734, 52.577, 73.918, 79.359, 96.212, 96.223, 98.193, 98.358, 104.093.

Judengeld für hakenkreuzerische Zwecke?

Mittwoch, den 27. April, vormittags neun Uhr findet beim Bezirksgericht in Meises bei Leipzig ein interessanter politischer Prozeß statt, wobei die Frage erörtert werden wird, ob jüdisches Geld für hakenkreuzerische Zwecke hergegeben wurde.

Konkret handelt es sich um folgendes: Der Brunner Volkssportprozeß kostete nach Angaben des Hauptverteidigers Dr. Stark, Prag 250.000 K. Dieser riesenbetrag sollte nach dem bekannten Vorschlag der Hakenkreuzler als eine Art „Volkssport“ mit Hilfe „aller“ deutschen Parteien aufgebracht werden, nachdem die Nazis selbst nur 25.000 K zu den Unkosten beigetragen hatten. Infolge der ablehnenden Haltung speziell der Landhändler, die sich begrifflicherweise weigerten, Geld für eine Sache herzugeben, mit der sie absolut nichts zu tun hatten, scheiterte dieser Plan. Das in Prag gegründete Komitee, dem u. a. auch der Rektor San Nicola angehört, bemüht sich, die Prozeßkosten doch irgendwie aufzutreiben. Zu was gibt denn vermögende „Volksgenossen“?

Im Zusammenhang mit diesen Dingen behauptete nun in zwei landhändlerischen Versammlungen (in Sühnewasser und Görkau) Sekretär Wed (W. D. L.) während Auseinandersetzungen mit Hakenkreuzlern, nach sicheren Mitteilungen „habe Vetschek 100.000 K für Wiederholung dieser Behauptung wurde seitens der Nazis gegen Sekretär Wed die Klage eingebracht. Klagenretter ist der reinrassige Advokat Dr. Kreißl in Weidenbach, als Verteidiger fungierte Dr. Luffsch in W. Leipzig. Der Beklagte hat den Wahrheitsbeweis durch Zeugeneinvernahme angeboten.

Nach den Vorwürfen in Deutschland, wo die Juden von den Nazis blutig verfolgt werden, empfinden die heimlichen Hakenkreuzler es natürlich als schwerste Ehrenkränkung wenn behauptet wird, von einem Juden für ihre Zwecke Geld genommen zu haben. Juden hätten demnach nicht die mindeste Pflicht, für die Prozeßkosten des Volkssport etwas springen zu lassen, da sie damit die Nazis nur böse machen würden. Da sei der liebe Gott — der jüdische und christliche — vor! Welcher Vetschek angeblich die Ankündigung der Nazis auf sein Gewissen geladen haben soll, der Auffieger Nöhlenmann oder der Prager Vorkennmann, ist schleierhaft.

Was bei diesem Prozeß zum Schluß herauskommen wird, können wir ruhig abwarten. Jedenfalls steht der Nationalklub fest: Judengeld ist nicht! Das gilt hoffentlich auch für die — Kressel! Nicht nur für die hakenkreuzerische, sondern auch für die deutsch-nationale, dem „Nordb. Tagblatt“ angehängen bis zum letzten Wochenblatt herab. Die jüdischen Referenten mögen das gefälligst zur Kenntnis nehmen.

Zweitausend Mark Lohn für die Ermordung der Gattin. In Weihenburg (Bayern) wurde der Mühlenseliger Franz Unger unter eigenartigen Umständen verhaftet. Ein Arbeiter Ungers mußte sich einer Operation unterziehen. Während der Narkose sagte er aus, daß ihm kein Dienstgeber zweitausend Mark geboren habe, wenn er dessen Frau aus dem Leben räume. Weitere Auslagen des Arbeiters lassen es als wahrscheinlich erscheinen, daß der Mühlenseliger seinen Vater, der vor einigen Jahren in seinem eigenen Mühlhof erschlagen wurde, ermordet hat. Der Täter konnte damals nicht ermittelt werden.

Den Eltern zurückgegeben. Der Sohn des bekannten Chicagoer Millionärs John Factor, Jeronym, der vor einigen Tagen von Gangstern entführt worden war, die für ihn ein Lösegeld von 50.000 Dollars verlangten, wurde seinen Eltern zurückgegeben. John Factor, der seinen Sohn in allen Richtungen von Chicago gesucht hatte, erklärte, daß es ihm unmöglich sei, die geforderte Summe aufzutreiben.

Japan leistet Schadenersatz. Nach den energischen Protesten der amerikanischen Behörden gegen die Bombardierung der amerikanischen Methodistische erklärte die Peiping Regierung japanische Gesandtschaft, die japanische Regierung sei bereit, den durch die Angriffe japanischer Flieger am Eigentum der ausländischen Anlässigen in Nordchina zugefügten Schaden zu ersetzen.

Doppelmord aus Eifersucht. Der in einer Drogerie in Geldingen (Nordhüringen) beschäftigte Reisende Trautmann tötete aus Eifersucht seine 25jährige Ehefrau durch mehrere Revolvergeschosse. Dann erschoss er den von ihm selbst herbeigerufenen Arzt Dr. Nühlmann, der angeblich Beziehungen zu seiner Frau unterhalten hat. Der Täter flüchtete, wurde aber auf dem Bahnhof in Erfurt festgenommen.

Die Kirche segnet auch das! Das bischöfliche Generalvikariat in Trier hat angeordnet, daß am 1. Mai, dem Nationalfeiertag der deutschen Arbeit, in den katholischen Kirchen ein feierliches Amt vor ausgesetztem Allerheiligsten gehalten wird. Gott möge, wie es in der Anordnung heißt, dem deutschen Vaterlande Schutz und Segen für das gesamte Volk und Bänderung der Arbeitsnot schenken!

Eifersucht tötet drei Menschenleben. In der politischen Ortschaft Kuchice bei Drohobycz hat der Landwirt Antonij in der Wohnung der Bäuerin Vanaizel deren Freund, den Landwirt Rawiec erschossen und die Bäuerin durch Dolchschlag schwer verletzt. Als die Dorfbewohner die Verfolgung des Antonij aufnahmen, erschoss

Unerwartete Folgen des Prozesses Stála-Geidl.

Die Grundbuchsämter von Ungarn überlaufen.

Der aufsehenerregende Prozeß gegen die beiden Hypothekenschwindlerinnen Stála und Geidl hat ungeahnte Wirkungen nach sich gezogen. Rechtsanwälte berichten uns, daß sie von auswärtigen Klienten mit ungarischen Anträgen besäumt werden, ob nicht ihr Haus von einem Schwindel ähnlicher Art heimgesucht wurde. Die Grundbuchsämter werden allenthalben von besorgten Leuten überlaufen die sich mit eigenen Augen überzeugen wollen, ob sie nicht ein ähnliches Schicksal betroffen hat. Es sind Leute darunter, die eine weite Reise nicht scheuen haben, um sich Gewißheit zu verschaffen. Mit einem Wort: die Tatsache, daß es möglich war, trotz der so strengen Vorschriften des Grundbuchsgesetzes, ein fremdes Haus hinter dem Rücken des Eigentümers zu belasten, hat geradezu alarmierend gewirkt.

Es handelt sich hier um keine Kleinigkeit, es handelt sich um

den Verlust der Bevölkerung zu der absoluten Sicherheit und Verlässlichkeit des Grundbuchs

und seiner Führung. Die Affäre Stála-Geidl hätte wohl kaum solche Dimensionen annehmen können, wenn nicht die strikten Vorschriften des Gesetzes in unbegreiflicher Weise vernachlässigt worden wären.

Wir haben schon seinerzeit (im Dezember v. J.) auf verschiedene Unbegreiflichkeiten in der langweiligen Man'pulierung dieses Falles hingewiesen. Die strenge Vorschrift des Gesetzes, daß der Eigentümer einer Liegenschaft von jeder Belastung stets zu eigenen Händen zu verständigen ist (zur größeren Sicherheit bedient man sich gelber Kupfers, um das Zustellungsorgan aufmerksam zu machen), wurde nicht beachtet. Im Gegenteil, die richtige Adresse der Hausbesitzerin wurde von unbekannter Hand durchgestrichen und

dieser auf der Flucht zwei seiner Verfolger. Der dreifache Mörder konnte bisher nicht festgenommen werden. Die schwerverletzte Bäuerin gab an, daß Antonij aus Eifersucht gehandelt habe.

Neuer türkischer Sender. Die türkische Regierung hat beschlossen, in Ankara einen neuen Großsender zu errichten. Die neue Sendestation soll dem Moskauer Riesen sender nachgebildet werden. Es ist beabsichtigt, den gesamten Nachrichtenendienst aus den Balkanländern in Ankara zu zentralisieren.

Hinrichtung. In Cagliari wurde gestern der bekannte Mörder Gualo Sanna wegen Raubmordes zum Tode verurteilt. Er wurde von einer Polizeibatterie erschossen.

Der Mörder des Hellsehers.

Von Erich Gottgetten.

Georg Wildenberg, seit einigen Wochen Stomachast unter den dürftigen, mitleiderregenden Nachgestalten des „Alten Krug“, bestellte die viert. Mollé. Jetzt wußte Franz, der Kellner der den Fahrplan der Seele seines Kunden kannte, was ihm Wildenberg zum zwanzigsten Male erzählen werde:

Daß er einmal ein großer Vorkennmann gewesen sei. Daß er aber kein gesamtes Vermögen bis auf den letzten Pfennig verpfändet habe. Daß nur der Hellseher Weidner an seinem Abtanz schuld sei. Der habe ihm den Kauf von Papieren angeraten, die plötzlich überhaupt nicht mehr wert gewesen seien. Aber er werde sich rächen, bestimmt werde er sich rächen. Weidner müsse hüben. Er müsse, es helfe ihm nichts und es rette ihn nichts, ermordet zu werden. Er, Wildenberg, wolle gewiß nicht mehr weiterleben in Armut, in Not sein Dasein werde gleichzeitig im Selbstmord beschließen, aber jener müsse mit, unaussprechlich, unausweichlich...

Alles das sagte Wildenberg wirklich. Langsam und bestimmt. Es war acht Uhr abends, die anderen Gäste pflanzten erst später zu kommen, aber es genügte Wildenberg, daß er den Kellner als vermeintlichen Zuhörer hatte. Der wurde freilich erst am Ende des ihm so gewohnlichen Dauerkisses interessiert: Wildenberg fügte nämlich hinzu, daß er heute zur Tat schreiten werde. Franz lächelte ungläubig. Mörder pflegen im allgemeinen ihre Verbrechen nicht vorher bekanntzugeben.

„Warum gerade heute?“ erkundigte sich Franz.

„Weil die Gelegenheit günstig ist,“ erwiderte der unheimliche Gast. „Ich weiß, daß er heute abend zu Hause ist. Um acht kommt Besuch, der ungefähr bis elf Uhr bleiben dürfte. Ich dringe dann in die Wohnung ein, wir werden beide daran glauben, beide. Übrigens hat er heute Jubiläum, ja Oder ich hab das Jubiläum, wie man's nimmt. Er hat heute den fünfzigsten Geburtstag.“ Wildenberg lachte kalt.

Franz wußte nicht recht, was er zu der geheimnisvollen Ankündigung sagen sollte, Präherlein war er ja schließlich gewohnt.

Es kamen dann Gäste, die ihn in Anspruch nahmen; als Wildenberg zahlte und ging, war ihm dessen düsterer Plan schon aus dem Oberbewußtsein entchwunden. Die Nacht im „Alten Krug“ ist lärmend, von Alkohol durchschossen, voll vom Leben, das, in farbigen Berichten, ihre Gäste bringen: müde Menschen vom Strand des Lebens, armes Volk ohne Land...

Und diese Nacht war nicht stiller und lauter als alle anderen Nächte. Nicht stiller, nicht lauter —

eine fingierte Prager Adresse darüber, worauf die amtliche Verbindung als nicht zustellbar an das Grundbuchsamt zurückging und dort liegen blieb. Wäre die Zustellung an die richtige Adresse erfolgt, so hätte der Schwindel jutage kommen müssen.

Wer dieser mysteriöse Freund und Helfer war, ist nicht bekannt geworden; überhaupt kam diese Frage während des Gerichtsverfahrens nicht zur Sprache. Soviel wir wissen, wurde in dieser Sache eine eigene Untersuchung eingeleitet und es wäre wünschenswert, daß deren Resultat der Öffentlichkeit bekanntgegeben würde. Nehmen wir noch die Tatsache dazu, daß alle diese schwindelhaften Eintragungen mit einer Schnelligkeit vollzogen wurde, die in krassestem Gegensatz zu sonstigen Erledigungen steht (einmal sogar binnen 24 Stunden, während es normal Wochen und Monate dauern), so wird man wohl kaum in der Vermutung verharren, daß dieser Freund in den zuständigen Kanzleien einen mehr als weisgebenden Einfluß hatte.

Es handelt sich sicherlich um einen vereinzelt und einzig dastehenden Fall. Und die Art, in welcher die Oeffentlichkeit auf diesen Fall reagiert, läßt erkennen, wie dringend nötig es ist, alle Vorkehrungen zu treffen, um eine Wiederholung auszuschließen.

Das Urteil im Prozeß Stála-Geidl

Durch welche Franziska Stála zu vier, Božena Geidl zu zwei Jahren schweren Kerlers verurteilt wurde, ist nicht rechtskräftig geworden. Staatsanwalt Dr. Neureiter hat die Berufung an das Obergericht wegen zu geringen Strafmaßes eingebracht.

Und in dieser Nacht geschah ein Mord — — Und in dieser Nacht sank einer der ihren bößig ab — —

Denn als die Gäste des „Alten Krug“ sich am nächsten Abend wieder trafen, da konnte Franz den Stauenden in einem Schwalm der Aufgeregtheit erzählen, daß mittags die Polizei dagewesen war: sie hätte in der Wohnung des ermordeten, übrigens stadtbekanntem Hellsehers nicht nur das Fehlen von etwa fünfzigtausend Mark festgestellt, sondern aus der hinterlassenen Korrespondenz jenen Wildenberger. Den man ja im „Alten Krug“ seit einigen Monaten kenne, als Abfender von Drohbrieffen, die den Tod des Hellsehers voraussetzten. Die Polizei hatte nun weiterhin von Franz, wie er jetzt stolz erzählte, erfahren, daß der Täter außer dem Mord ja auch seinen Selbstmord angekündigt hatte — daran glaubte nun aber, nach dem Raub, niemand mehr.

Daß Wildenberg „über alle Berge“ gewesen sei, wäre zu viel gesagt. Am nächsten Tage wurde er nämlich in Hamburg erkannt und verhaftet. Er gab an, wie die Wäiter meldeten, daß er den Hellseher aus Rache für den ihn zugefügten Vermögensverlust erschossen haben will, den Plan aber, sich selbst das Leben zu nehmen, aufgegeben habe, als ihm Weidner für das Gegengeschenk des Lebens fünfzigtausend Mark geboten hätte. Er hätte sich aber auf den Handel nicht eingelassen — in der Hoffnung, im Schreibtisch des Hellsehers noch mehr zu finden; eine Hoffnung, in der er sich allerdings betrogen sehe, der Tote sei nicht reicher gewesen als der Lebende — —

Soweit die Zeitungsberichte.

Jetzt in der gerichtlichen Hauptverhandlung gelang es dann, dem Angeklagten nachzuweisen, daß er niemals ein vom Leben Betrogener, wohl aber ein gewöhnlicher Raubmörder war, der den Plan genau vorbereitet hatte, den Selbstmord aber nur ankündigte und allgemein bekanntmachte, um auf diese Weise die kriminalistische Nachforschung auf ein falsches Gleis zu schieben, und sich selbst außerhalb allen Verdachts zu bringen. Wildenberg wurde zum Tode verurteilt.

In fremder Erde.

Auf dem jüdischen Friedhof in Tepitz wohnt sich ein frischer Hügel fruchtiger, grober Lehmschollen. Hier wurde am Donnerstag vor Ostern jener deutsche Jude bestattet, der zusammen mit zwei Weidensgenossen von deutschen SA-Leuten blutig mißhandelt, dann über die Grenze gejagt worden und im Waidendorfer Spital den erlittenen Verletzungen erlegen ist.

Ein Grab in fremder Erde — es erinnert an den Krieg. Damals standen wir um Gräben, in die Kameraden verfenkt wurden. Ehe die Massengräber der Stellungskämpfe entstanden, waren es Gräber am Wege, im Walde, auf zerstampftem Felde: ein flacher Hügel, ein roh genageltes Kreuz, ein Helm darauf, ein Name und die Truppennummer. Manchmal, vielmals sagte die ungelente Schrift auch nur: Hier ruht ein tapferer Krieger; Hier liegen drei tote Russen.

Nun stehen wir vor diesen Gräbern. Da ein Hügel und dort ein Grab. Wieviele schon — wieviele noch? Hier ein junger Mensch, ein Jude. Dort ein Reichsbannerkamerad. Da drei Kommunisten, „auf der Flucht“ erschossen. Hier ein Professor, der keine andre Schuld hatte als die, Jude und Anwalt der Verfolgten zu sein. „Am Krankenhause starb“ — warum er starb, müssen deutsche Zeitungen verschweigen, und die meisten verschweigen es gern. Ein anderer wird erschossen im Walde aufgefunden. Ein sozial-

Genossen und Genossinnen, gedenket bei Anlässen jeder Art der Arbeiterfürsorge durch Spenden!

Kleine Genationen.

Gangster werden bestraft.

Die Chicagoer Polizei hat zum Schutz der Weltausstellung ein Detektivkorps von 1000 Mann zusammengestellt. Es handelt sich ausnahmslos um Michigangoer, wahrscheinlich weil man immer noch befürchtet, daß eine Zusammenarbeit zwischen den einheimischen Polizeiorganen und der Unterwelt wie es in früheren Jahren der Fall war, bewertfelligt werden könnte.

Trotz allen Bemühungen hat es sich doch nicht verhindern lassen, daß die berüchtigten „Versicherungsgesellschaften“ bei zahlreichen Ausstellungen Erfolg gehabt haben. Die betreffenden Firmen haben es, wie jetzt bekannt wird, doch vorgezogen, der Unterwelt einen bestimmten Betrag zu zahlen und dafür Gewißheit zu haben, vor plötzlichen Überfällen und Anschlägen gesichert zu sein. Bei dieser Gelegenheit wird übrigens von gutunterrichteter Seite darauf hingewiesen, daß diese Art der Erpressung entgegen den Mittellungen offizieller Instanzen bei weitem noch nicht ausgereizt sei. Mehr oder weniger sicherten sich auch heute noch alle großen Chicagoer Geschäftsleute durch freiwillige Zahlungen. Nur seien die Gangster jetzt weit bekheidener als vor einigen Jahren, als ihre Forderungen eine phantastische Höhe erreichten. Mittlerweile haben sie auch ihren Betrieb „rationalisiert“, die großen Banditenkolonnen, in denen ständig einige hundert Unterweltler in Bereitschaft lagen, sind restlos aufgelassen und die Banden haben ihre Quartiere jetzt wieder in kleinen Hinterhäusern aufgeschlagen. Diese verringerte Großzügigkeit mag auch daran liegen, daß die großen Räuber fast ausnahmslos tot sind oder im Zuchthaus sitzen. Das Vorbild der Unschädlichmachung von Al Capone, der bekanntlich wegen eines verhältnismäßig kleinen Züchternziehungsdelictes für 11 Jahre eingesperrt ist, hat Schule gemacht und es sind in der letzten Zeit zahlreiche große Gangster wegen des gleichen Vergehens zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden.

Wieder Au-Auz-Ran.

Im Westen der Vereinigten Staaten machen sich in zunehmendem Maße Bestrebungen geltend, die vor einigen Jahren eingeschlossene Au-Auz-Ran-Bewegung wieder ins Leben zu rufen. Schon werden in einzelnen Gegenden wieder Versammlungen abgehalten, deren Teilnehmer die bekannten weißen Kutten mit den weißen Kapuzen tragen. Die Forderungen, die auf diesen Versammlungen erhoben werden, ähneln darin, daß alle Nichtangesehnen ungünstiger gestellt werden sollen als nicht hundertprozentige Amerikaner. Vor allem aber richtet sich die Bewegung gegen die Neger, die als eine eiternde Wunde am amerikanischen Volkstörper bezeichnet werden und die vollkommen zu entzweien sind, falls sie es nicht vorziehen, in ihre afrikanische Heimat zurückzukehren. Dabei wird vollkommen vergessen, daß die Schwarzen keineswegs freiwillig nach Amerika gekommen sind, sondern seinerzeit sogar sehr untreiwilling als Sklaven nach den Vereinigten Staaten verschleppt wurden.

Die Behörden gehen gegen den Au-Auz-Ran, der in einzelnen Gegenden offen zur Lynchjustiz aufrückt, mit äußerster Schärfe vor, und einige Versammlungen wurden unter Zuhilfenahme von Tränengasbomben auseinandergerieben. Ebenso wurden aber auch die Selbsthilfsorganisationen der Schwarzen aufgelöst.

In San Franzisko nehmen die Kundgebungen gegen die chinesische Bevölkerung immer erusteren Charakter an und wiederholt ist es zu Überfällen auf chinesische Fabriken gekommen, die wegen der geringen Entlohnung ihrer chinesischen Arbeitskräfte eine überaus ideale Konkurrenz darstellen. Wahrscheinlich wird in Kürze eine Verordnung herauskommen, daß für chinesische Arbeitskräfte eine Mindestentlohnung vorgeschrieben wird.

demokratischer Staatspräsident stirbt an den Mißhandlungen, die ihm Hitler's SA-Leute bei seiner Verhaftung zugefügt haben — einen Einundachtzigjährigen haben sie erschlagen und ein dreißigjährigen Präsident schweigend dazu!

Wieviele schon — wieviele noch! Sie alle fallen nicht im Kampfe. Sie sterben als Opfer bludurstiger Heimtücke, ermordet im Namen der „nationalen Revolution“. Viele sind darunter, die vier Jahre lang für ihr „Vaterland“ im Felde gestanden haben — nun erschlagt das Vaterland sie! Andere essen das bittere Brot des Grills.

Wieder werden Gefallene „in fremder Erde“ bestattet, nur daß jetzt die fremde Erde die Zuchthaus, das Vaterland aber zum Freundesland geworden ist, dessen Grenzposten vor einem Zuchthaus stehen.

Ein Friedhofsarbeiter stellt auf die frische Grabstätte einen Holzrahmen als Form für den Hügel und schaufelt ihn voll. Ringsum im Glanze der Frühlingssonne liegt das Land, das „Ausland“, in das der Tote hier gestoben war. Blutüberströmte, zerichlagen, mißhandelt, gestoben vor seinen „Volksgenossen“.

Osterglocken läuten übers Land. Vom Mitleidener bis heran ans Erzgebirge klingen sie und jenseits der Gebirgsmauer klingen sie weiter durch Deutschland. Sie verkünden die alte Osterbotschaft der Auferstehung.

Wann werden diese Toten aufstehen? Als Rächer ...!

PRAGER ZEITUNG.

Gerichtssaal

Eine Ärztin als Opfer eines Autowindlings.

Prag, 21. April. Vor dem sog. „Autosena“ (C.M. Sphora) wurde heute eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung gegen den Reisenden Josef Státník verhandelt. Der 23jährige Angeklagte hatte erst im Oktober v. J. den Führerschein erhalten. Am 29. Oktober forderte die sträfliche Unvorsichtigkeit des jungen Mannes bereits ein Todesopfer. In den Abendstunden dieses Tages fuhr er mit seinem Wagen, der, nach Aussage des Angeklagten, noch dazu etwas defekt ist und dessen Bolant vor allem nicht einwandfrei funktioniert, auf der Straße von Volovice nach Prag, und zwar mit rasender Geschwindigkeit, die er auch nicht mäßigte, als er in den Bereich der elektrischen Straßenbahn kam. Er gab auch keine Warnungsschellen.

Bei der Haltestelle der Ber-Linie „Rafschre“ wartete die Ärztin Dr. Sofie Cendelin auf einen Wagen. Das heranrollende Auto erfasste die Unglückliche derart, daß sie auf die Räder gehoben wurde. Beim Losalagenschein wurde festgestellt, daß sie 23 Schritte in dieser Lage blieb, dann fiel sie vor die Räder. Der Angeklagte hatte nach dem Unfall keine Geschwindigkeit nicht verringert und blieb erst in weiter Entfernung stehen. Die Ueberfahrene wurde auf die Klinik Schloffer übergeführt, wo sie am nächsten Tag ihren Verletzungen erlag.

Die Verantwortung des Angeklagten lautete dahin, daß er nicht übermäßig schnell gefahren und die Verunglückte selbst in das Auto gelassen sei. Die Zeugen überführten ihn jedoch des Gegenteils. Er wurde zu vier Monaten strengen Arrestes, bedingt auf drei Jahre, verurteilt — gewiß eine milde Strafe bei einem solchen Sachverhalt. rb.

Kunst und Wissen

Erstaufführung: „Menschen im Hotel“ von Vichy Baum am Millwoch. Regie: Pichl; Hauptrollen: Bertha v. Walter a. G., Andergast, Vertram, Harprecht, Musil, Taub, Volk etc. (B 1, Abonnementgutscheine gültig). — Samstag in der Kleinen Bühne Erstaufführung: „In jeder Ehe“ (The love game) von Chesterton und Reale. Regie: Julius Gellner a. G.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag, 7 1/2 Uhr: „Im Weihen Rößl“. — Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 1/2 Uhr: „Mädchenjahre einer Königin“; 7 1/2 Uhr: „Eine Frau, die weiß, was sie will“ (B 1). — Montag, 7 1/2 Uhr: „Glückliche Reise“ (A 1). — Dienstag, 7 1/2 Uhr: „Rigoletto“ (A 1). — Mittwoch, 7 1/2 Uhr: „Menschen im Hotel“, Erstaufführung (B 1). — Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Mädchenjahre einer Königin“ (C 1). — Freitag, 7 1/2 Uhr: „Falstaff“ (D 2). — Samstag, 7 1/2 Uhr: „Eine Frau, die weiß, was sie will“ (A 1).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Samstag, 8 Uhr: „Madame hat Ausgang“. — Sonntag, 7 1/2 Uhr: „Schottentanz“, Ensemblegastspiel Gsela Werbezirt. — Montag, 8 Uhr: „Schottentanz“, Ensemblegastspiel Gsela Werbezirt. — Dienstag, 8 Uhr: „Wetterveränderlich“. — Mittwoch, 8 Uhr: „Madame hat Ausgang“. — Donnerstag, 8 Uhr: „Salon Pichelberger“, „Die schöne Salathée“. — Freitag, 8 Uhr: „Komödie der Irrungen“. — Samstag, 7 1/2 Uhr: „An jeder Ehe“, Erstaufführung.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Radfahrer-Staffette

Grün bei Aisch—Aussig a. E.

Anlässlich des an beiden Oftertagen in Aussicht genommenen Bundesfestes des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes wurde über Anregung der westböhmischen Mitglieder eine Radfahrerstaffette, ausgehend von Grün bei Aisch nach Aussig, organisiert. Der Zweck der Staffette war, einerseits den versammelten Delegierten die Treue und Verbundenheit aller Mitglieder zur Organisation zu zeigen, andererseits in aller Deffentlichkeit für die Wahrung und Förderung des sportlichen Charakters unseres Bundes einzutreten. In knapp zwei Wochen wurden von den beteiligten Kreisen, 1., 2. und 3. die Vorarbeiten getroffen. Die Schlagkraft der Organisation bewältigte diese Arbeit glänzend. Die über 210 Kilometer lange Strecke wurde in der kurzen Zeit von 6 Stunden und 10 Minuten durchfahren. Trotz des strömenden Regens waren Hunderte Mitglieder auf den Weimen und Rädern sie liehen sich nicht abhalten, sie alle mußten dabei sein, dem Bunde Grüße der Solidarität und der Treue zu übermitteln. Wenn sie auch persönlich nicht an der Tagung teilnehmen konnten, so haben sie doch aufgezeigt, daß sie die Bedeutung einer solchen Tagung einzuschätzen wissen. Die sportliche Leistung war mehr als zufriedenstellend. Die Staffette wurde mit einer Stundengeschwindigkeit von 33 Kilometern trotz des ungünstigen Wetters befördert.

Von dieser Stelle aus sei allen Mitwirkenden volle Anerkennung und Dank ausgesprochen. Um 10 Uhr 15 Minuten wurde die Stafettenhäufe — eine Vorderradnabe — im Verhandlungsloale dem Präsidium übergeben und erhielt selbe Begrüßungsschreiben nachstehender Organisationen: Kreisvertretung Karlsbad, Bezirksvertretung Aisch der DSAJ, VI Kreis des AUSA, 1. und 3. Kreis des AUSA, 1. und 2. Bezirk im 3. Kreis des AUSA und 1. Bezirk des I. Kreises des AUSA. Die Schreiben, welche zum Teil künstlerischen Bildschmuck aufwiesen, enthalten Ausdrücke der Verbundenheit mit den Bestrebungen des AUSA und Glückwünsche zum Bundesfesttage. Die Mitglieder des AUSA haben durch diese Leistung erneut bewiesen, daß sie voll und ganz hinter ihren Funktionären und dem Bunde stehen und daß sie Leistungen zu vollbringen imstande sind, an die keine andere Radspportorganisation in der Tschechoslowakei auch nur denken kann.

Bürgerlicher Sport.

ER. Radob verlor auch sein zweites England-Spiel, das er in Prostil austrug, und zwar mit 3:8. Der Sieger gehört der dritten Ligaabteilung Süd an.

Das Bekenntnis zu wahrer deutscher Kultur ist zugleich Protest gegen die Hundendiktatur!

Kelner, der die deutsche Kultur gegen den Einbruch der braunen Horden verteidigen will, fehle in unserem MAI-FESTKONZERT am 30. April.

Der Film

Filmdeutschlands Erneuerung.

Einen grandiosen Erfolg haben die neuen Herren der deutschen Unkultur schon zu verzeichnen: die Kerosinlampen im Konstrukt. Das ist eine der verbrecherischen Firmen, die den „Novembergeist“ in der ganzen Welt herumgebracht haben: „Dreigroschenoper“, „Kameradschaft“ und „Westfront 1918“, die jetzt verbalenen bescheidenen Werke eines neuerdings nicht als deutscher Künstler anerkannten Mannes namens Pabst sind die Wührgriffe gegen das deutsche Volk, welche von den neuen Meistern seiner neuen Kultur nicht verziehen werden können. Sie sind nicht im Glauben an die Seligkeit des Kafernhofes, des Hakenkreuzes und seines Konzentrationslagerbusches erzeugt, sie haben „nur“ die Preise fast aller Kunstakademien der Welt errungen und damit (allerdings an durchaus rassenmäßig verdienstlichen Stellen) das deutsche Ansehen soweit gebracht, daß man an seinen Wilhelm II. zu vergessen bereit war. Das ist nun nicht Reklame im Sinne des Herrn Göbbels: seine Pogrome erregen viel größeres Aufsehen und machen den deutschen Namen noch viel mehr berühmt. Darum ist ein Pabst oder gar Fritz Lang in Ungnade (Lang ließ sich allerdings als rassenreiner erklären) und die Kerosinlampen mußte daran glauben, indem man ihr den letzten Film, das „Testament des Dr. Mabuse“, Regie Fritz Lang, einfach verbot. Damit ist gesagt, daß dieser Film auch niemals mehr in der Welt gezeigt werden darf, damit die andere Menschheit von der Hakenkreuzerei nicht ein falsches Bild bekommt. Was Herrn Göbbels wider die Bilage geht, ist der Welt nicht zu zeigen: man wird ihm eigentlich für diese Aufrichtigkeit dankbar sein müssen, die wir bestens durch das ziemlich komplexe Produktionsprogramm des erwachsenen deutschen Films illustrieren: „Blutendes Deutschland“ (mit Unterabteilungen „Polens Raub“, „Schmachsriede“, „Schwarze Schmach“, „Hindenburg“ (im ausschließlichen Verleib der „Vaterländischen Filmverleihgesellschaft“), „Ein Traum am Rhein“). Es gibt nur einen deutschen Rhein. „Deutschland lebt“, „Schwelende Feuer“ (ein Werk aus Ostpreußen, ob mit oder ohne Unterstützung der Osthilfe, ist unbekannt), „Kampf im Ruhrgebiet“, „Selben hinterm Flug“ (der

Landausbau des Hakenkreuzes), „Deutsche Kraft“, „Von Feinden umringt“, das sind so die Hauptpunkte der neuen Erzeugung. Schon macht sich im Ausland Widerstand geltend: Frankreichs Filmhandel will keinen deutschen Film mehr hereinlassen und hat sich offiziell für den Boykott der Ufa ausgesprochen, die Nachfolgestaaten dürften sich anschließen und auch der Balkan und die Nordstaaten werden abfallen.

Das wird das Ende des besten Films der kapitalistischen Kulturwelt sein: Pabst, Oswald, Lang, Wiene, Lamprecht, Siodmat sind Regienamen, die unvergänglich sind. Sie auszuschalten, ist für die Kultur der Menschheit nur zu beklagen: daß keiner von ihnen persönlich die Möglichkeit hat, dem Diktator der braunen Bestien zu entgehen, daß man sie aus dem deutschen Buchstaus niemals mehr hinauslassen wird und ihnen jedes Handeln außerhalb Deutschlands, jede Arbeit, die der Beschränktheit deutscher Zensur entgeht, als Verrat am Volk anzurechnen wird, sind die Gründe, warum der Film nicht mehr mit ihrer wertvollen Arbeit wird rechnen können. Was sie jetzt unter dem Diktat des Faschismus und gnadenweise werden nach Maß herunterarbeiten müssen, kann technisch mehr oder weniger gelingen sein, wie die italienischen Filme; die Menschheit hat aber einen großen Kulturfaktor mehr verloren. Und wir, die wir zum größten Teil auf den Import des deutschen Films für unsere Kinob

angewiesen waren, werden uns entschließen müssen, den amerikanischen ins Land zu lassen, auch wenn seine Produzenten nicht tschechische Schundfilme werden erzeugen wollen; der Phrasen von der Freundschaft zur angelsächsischen und französischen Kultur wird nun die Tat folgen müssen, auch gegen den Willen der hiesigen Filmherren, die bisher mit der Ufa verbunden waren. Denn was waren die alten vaterländischen Filme der Ufa, etwa „York“ oder „Fredericus Rex“ oder „Das Flötenkonzert von Sanssouci“ gegen den jetzt projektierten „Florian Bayer“, der, wie die Reklamen verkünden, aber auch garnichts mit dem gleichnamigen Drama von Hauptmann zu tun haben wird. R. 2.

Aus der Partei

Bezirksorganisation Prag. Montag, den 24. April, 8 Uhr abends, Gewerkschaftshaus, wichtige Sitzung der Bezirksvertretung. Beginn pünktlich 8 Uhr. Teilnahme aller Mitglieder des Bildungsausschusses notwendig.

Jugendbewegung.

Arbeitsgemeinschaft „Der Dreht.“ Um die Aufführung zu ermöglichen, ist es unbedingt nötig, zu allen Proben zu erscheinen und sich mit größtem Eifer der Sache anzunehmen. Die Aufführung soll nicht an der geringen Teilnahme des Chores scheitern! Wir fordern daher alle Genossen, die an einer Aufführung dieses Schauspiels interessiert sind, auf, heute um 23 Uhr im Café „Continental“, Hintergebäude (2. Stock), zu der dort stattfindenden Probe zu erscheinen! Das Erscheinen aller derer, die an den bisherigen Proben teilnahmen, ist Pflicht!

Vereinsnachrichten

Allgem. Angestellten-Verband, Prag. Die Exkursion ins Bodaler Wasserwerk wird verschoben. — Nächste Ausschuß-Sitzung am 5. Mai, Freitag, „Urania“.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

bis einschließlich Donnerstag, den 27. April.
Bran-Urania: „Häns von der Daxband.“ — **Adria:** „Der Adjutant Seiner Hoheit.“ — **Alfa:** „Und die Sphinx spricht.“ — **Beránek:** „Der Paradiesvogel.“ — **Féng:** „Der Adjutant Seiner Hoheit.“ — **Flora:** „Der Paradiesvogel.“ — **Gaumen:** „Die Unschuld vom Lande.“ — **Hollywood:** „Die Galabarrstellung der Fratellini.“ — **Hvězda:** „Der Adjutant Seiner Hoheit.“ — **Juffa:** „Milady.“ — **Kinema, V. Th.:** Journ., Report., Protokolle. Ab halb 1 bis halb 8. — **Koruna:** „Die Galabarrstellung der Fratellini.“ — **Kolba:** „Paris liebt und jubelt!“ — **Pucerna:** „Paris liebt und jubelt!“ — **Retiro:** „Ich und die Kaiserin.“ — **Olympie:** „Das Geheimnis des Lebanon.“ — **Passage:** „Ich und die Kaiserin.“ — **Práha:** „Das Geheimnis des Lebanon.“ — **Rabio:** „Bobby.“ — **Slaut:** „Mein Leopold.“ — **Světlojor:** „Die Unschuld vom Lande.“ — **Alma:** „Die Weischen der Kaiserin Eugenie.“ — **Klison:** „Die Herzen vom Maxim.“ — **Vastat:** „Das Geheimnis des gelben Zimmers.“ — **Favorit:** „Bobby.“ — **Kapitol:** „Der träumende Mund.“ — **Konvikt:** „Drei Musketiere.“ — **Libo:** „Das Fensterchen.“ — **Loubze:** „Der Paradiesvogel.“ — **Racek:** „Liesbesquartett.“ — **Veránek:** „Das Fensterchen.“ — **Rogy:** „Bobby.“ — **Valdel:** „Bobby.“

Arbeitsgemeinschaft deutscher proletarischer Organisationen in Prag.

Ortsgruppe des Arbeitervereines „Rinderfreund“ in Prag.

Samstag, den 22. April, um halb 8 Uhr abends im Saal des „Oboroh dum“, Verátn.

Vortragsabend.

Es sprechen Alois Valkov, Sekretär der sozialistischen Erziehungs-Internationale und Gemeinderat, Wien, über:

„Der Kampf um das Kind in Oesterreich“ und einer der hervorragendsten Kulturpolitiker über:

„Die gesellschaftliche Funktion der Erziehung.“ Die Vorträge werden von Darbietungen der „Roten Falken“ und der Sozialistischen Jugend umrahmt. Wir erwarten eine Massenbeteiligung!

Bezirksverein Arbeiterfürsorge, Prag.

Kuratorium für sozialistische Flüchtlingsfürsorge.

Helft den Opfern des Faschismus!

Genossinnen und Genossen!

Zehntausende Vertrauensmänner der Arbeiterbewegung und Kämpfer für Freiheit und Sozialismus hat der Faschismus in Deutschland in Konzentrationslager gesteckt, um Brot und Existenz gebracht, Tausende bestialisch gemartert und viele zu Tode gequält. Eine große Anzahl reichsdeutscher Genossinnen und Genossen sind, um grauamsten Qualen und dem sicheren Tode zu entgehen, ins Ausland geflüchtet. Viele von ihnen kamen in die Tschechoslowakei und nach Prag. Hier sehen sie sich nun, aller Mittel entblößt, ohne Wohnung und oft ohne Kleider und Wäsche, der bittersten Not ausgeliefert.

Wir müssen diesen Opfern des Faschismus helfen! Wir müssen zeigen, daß uns die Solidarität kein leeres Wort ist, sondern selbstverständlich gern erfüllte Pflicht!

Der Bezirksverein Arbeiterfürsorge hat die Aufgabe übernommen, die Hilfe für die reichsdeutschen Genossen, die nach Prag kommen, zu organisieren und mit der Durchführung der Hilfsaktion das unterzeichnete Kuratorium betraut. Wir benötigen dazu:

1. Geld. Spenden sind auf das Konto Nr. 95.839 einzuzahlen oder bei der Kassa des Bezirksvereines „Arbeiterfürsorge“ zu erlegen.
2. Quartiere: a) Wer ist bereit, ein Freiquartier zu geben? (Bitte angeben, für welche Zeit.) b) Wer kann gegen Erfaß der Selbstkosten oder geringen Zins ein Zimmer abtreten? (Bitte angeben, für welche Zeit und zu welchen Bedingungen.)
3. Freitische. (Bitte angeben, für welche Zeit.)
4. Kleider und Wäsche.

Die erbetenen Angaben und Sendungen sind an den Bezirksverein „Arbeiterfürsorge“, Prag II., Refazanka 18, zu richten.

Genossen und Genossinnen, wir sind überzeugt, nicht vergeblich an Euer Solidaritätsgefühl appelliert zu haben und danken Euch im voraus.

Freundschaft!
 Das Kuratorium für Flüchtlingsfürsorge, Prag.
 Richard Schönfelder, Marie Deutsch,
 Ernst Paul, Hilde Franzel.

Der Reichstagsbrand.

Zu den Veröffentlichungen des „Populaire“ über den Brand des deutschen Reichstagsgebäudes wird uns geschrieben:

Bei allen Mitteilungen ist die sehr merkwürdige Form des Hörberichtes, welchen der deutsche Rundfunk am Tage nach dem Brande zur Mittagszeit gebracht hat und den er für so wichtig hielt, daß er ihn noch am selben Abend wiederholte, nicht erwähnt worden. Der Inhalt war damals schon sehr auffallend und ist jetzt nach den Veröffentlichungen noch auffallender. Der Beamte des Reichstages, der am Mikrophon sprach, erklärte sein baldiges Eintreffen beim Brande sehr merkwürdig. Er wohne in einer Einbahnstraße und habe daraus, daß damals spät abends die Autos bei ihm in verkehrter Richtung vorbeigefahren sind, sogleich gefolgert, daß es irgendwo brennen müsse und sei ins Reichstagsgebäude geeilt, wo es schon stark gebrannt habe. Dieser ahnungsvolle Engel! Dort sei seine Hauptförm die Rettung wertvoller Gobelins gewesen und am Wege dahin hätten sie einen halbnackten flüchtenden Mann festgenommen. Doch erzählte er kein Wort von dem kommunistischen Mitgliedsbuche, das dieser Mann in der Tasche gehabt haben und welches bei der Festnahme vorgefunden worden sein soll. Nur so nebenbei sprach er von der Festnahme, um sich gleich wieder über die Rettung der Gobelins auszulassen. Dann kam der städtische Branddirektor zum Mikrophon und erzählte, daß der Brand zugleich von vielen Stellen ausgebrochen sein müsse. Und wie plump die Regie dieses Hörberichtes angelegt wurde! Da hieß es weiter: „Gerade kommt der Presseschef der nationalsozialistischen Partei vorbei, wir wollen ihn auch ans Mikrophon bitten. Herr Major, Sie sind doch ein alter Parlamentarier, was ist Ihre Meinung über den Brand?“ Und der legt gleich los: „Das ist Mistlau, und hält eine Pauke gegen den Kommunismus. Und noch ihm kam ein Regierungsrat, hegte unter dem Ansporn, das Bürgerium vor der Furcht weiterer Brände beruhigen zu wollen, gegen Sozialdemokraten und Kommunisten und teilte sofort die Versammlungsverbote und Prekverbote aller sozialistischen Parteien mit, sowie die anderen Unterdrückungsmaßnahmen.“

Schon dieser Hörbericht mußte bei jedem aufmerksamen Hörer den Verdacht erregen, daß der Brand von Nationalsozialisten hervorgerufen wurde, welcher Verdacht durch die späteren Feststellungen zur Sicherheit erhoben ist.

Die richtige Brille

Optiker Deutsch
 Prag II., Pšikopy, Palais Koruna